

- | | |
|--|--|
| 4 Syrien: Adopt a revolution – zivile Selbstorganisation | 16 Wanderweg: Die Appenzeller Friedens-Stationen |
| 8 Sea-Watch: Chronik der Flüchtlingsrettung im Meer | 20 Nachrufe: Frieda Weber, Paul Rutishauser |
| 12 Ursula Brunner: Pionierin des fairen Handels | 22 Chemiewaffen: Verbot auf dem Prüfstand |
| 14 Zivildienst: 20 Jahre-Jubiläum in Geschichten | 26 Rezension: Die Schweiz im Kalten Krieg |

Zurück zur Verhandlungspolitik mit Nordkorea!

Nordkorea: Atomeskalation

Am 21. Mai 2017, dem Tag vor Redaktionsschluss für diesen Artikel, zündete Nordkorea unter Verstoß gegen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates einmal mehr eine ballistische Rakete. Sie stürzte nach etwa 500 Kilometer Flug in die internationalen Gewässer im japanischen Meer. Der erneute Raketentest war möglicherweise eine Reaktion auf die wenige Tage zuvor erfolgte Entsendung eines zweiten Flugzeugträgers der USA in die Gewässer nahe der koreanischen Halbinsel. Diese Entsendung hatte die Regierung in Washington ihrerseits gerechtfertigt als Antwort auf einen am 14. Mai erfolgten Raketentest Nordkoreas.

/ Andreas Zumach /

Höchstwahrscheinlich erfolgte der Raketentest vom 21. Mai nicht zufällig just an dem Tag, als US-Präsident Donald Trump beim ersten Auslandsbesuch seiner Amtszeit die wahhabitische Königshausdiktatur in Saudiarabien hofierte, das grösste Rüstungsgeschäft in der Geschichte der USA unterschrieb und die Saudis in ihrer feindseligen Haltung gegen «den gemeinsamen Feind Iran» bestärkte. Mit dieser Rhetorik kehrt die Trump-Administration nach der auf Deeskalation und Verständigung mit Teheran ausgerichteten

Politik der zweiten Obama-Administration (2013–2016) zurück zu der aggressiven Haltung, mit der Obamas Vorgänger George Bush im Januar 2002 auch den Keim gelegt hatte für den seitdem ständig eskalierenden Nordkoreakonflikt.

Gekündete Nichtangriffsgarantie

In seiner Rede an die Nation vom 20. Januar 2002 erklärte Bush damals zur Überraschung vieler internationaler und US-amerikanischer Beobachter die drei Staaten Iran, Irak und Nordkorea zur «Achse des Bösen» in der Welt. Bush reklamierte für die USA das Recht auf «präventive» Militärschläge gegen diese drei «bösen» Staaten und beauftragte das Pentagon mit der Ausarbeitung entsprechender Angriffsszenarien – inklusive des Einsatzes atomarer Waffen. Mit dieser Rede kündigte Bush nicht nur in der Wahrnehmung des Regimes in Pjöngjang, sondern auch vieler anderer Re-

gierungen die Nichtangriffsgarantie auf, die sein Vorgänger Bill Clinton dem Regime in Pjöngjang in einem im Oktober 1994 in Genf vereinbarten Abkommen gegeben hatte. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff gegen den Irak im Jahr 2003 unterstrich die US-Regierung, dass Bushs Drohung ernst gemeint war.

Die Nichtangriffsgarantie der Clinton-Administration war enthalten in einem damals zunächst geheim gehaltenen Zusatzprotokoll zu einem Abkommen zwischen Nordkorea und den USA. Im öffentlichen Teil des Abkommens wurde Nordkorea die Lieferung von verbilligten Nahrungsmitteln und Öl sowie von Leichtwasserreaktoren zur Energieversorgung, die nicht zu militärischen Zwecken nutzbar sind, zugesagt. Diese Reaktoren sollten von einem japanisch-südkoreanischen Firmenkonsortium geliefert und in Nordkorea betriebsbereit installiert werden.

Die «Achse des Bösen»

Für das Regime in Pjöngjang war die Nichtangriffsgarantie der USA damals sicher der wichtigste Teil des Abkommens. Im Gegenzug verpflichtete sich Pjöngjang zur Einstellung seines militärischen Atomprogramms und zur Einhaltung aller seiner Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag NPT.



Fortsetzung Seite 2

Bis zur Rede von Bush im Januar 2002 hielt sich Nordkorea strikt an das Genfer Abkommen. Und dies, obwohl Japan damals die Lieferung der mit dem Abkommen zugesagten Leichtwasserreaktoren verhinderte. Erst in Reaktion auf die Rede von Bush suspendierte Nordkorea 2003 seine Mitgliedschaft im NPT, nahm sein militärisches Atomprogramm wieder auf und führte 2006 einen ersten Atomtest durch, dem weitere Tests und Raketenversuche folgten, die alsbald vom UNO-Sicherheitsrat verurteilt und verboten wurden.

Alternativlose Sonnenscheinpolitik

Mit der Eskalation des Konflikts um Pjöngjangs Atom- und Raketenprogramm gab es auch für die auf Versöhnung mit dem Norden angelegte «Sonnenscheinpolitik», die der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung in den 1990er-Jahren initiiert hatte, kaum mehr Spielräume. Allerdings kam es am Rande der Trauerfeier für den im August 2009 verstorbenen Kim Dae Jung in Seoul zu einem Treffen zwischen Kims Nachfolger Lee Myung Bak und zwei hochrangi-

gen Abgesandten des nordkoreanischen Diktators Kim Jong Il. Sehr gut, gar «herzlich» sei das einstündige Gespräch verlaufen, erklärten damals im Anschluss beide Seiten übereinstimmend.

Der Vorgang zeigt einmal mehr, wie richtig, ja alternativlos der Ansatz der Sonnenscheinpolitik für das Bemühen um Aussöhnung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea ist. Letztere wiederum ist unerlässliche Voraussetzung für die Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und insbesondere der menschenrechtlichen Bedingungen im Norden und damit letztlich auch für die Überwindung der Diktatur in Pjöngjang. Zu dieser Überzeugung gelangte dann auch Kim Dae Jungs Nachfolger Lee Myung Bak, der sein Amt zunächst noch als erklärter Gegner der Sonnenscheinpolitik angetreten hatte. Doch damals wie heute gilt: Auch eine aktive Wiederaufnahme der Sonnenscheinpolitik durch Seoul und eine noch so grosse Normalisierungsbereitschaft in Pjöngjang würden letztlich nur zum Erfolg führen, wenn die USA positiv mitspielen, ebenso wie China und auch Japan.

Bill Clintons Privattrip

Die USA gaben nach dem Amtantritt der Obama-Administration im Januar 2009 zumindest Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus. Anfang August 2009 schickte Präsident Obama seinen Vorgänger Bill Clinton zu einem damals als privat deklarierten Besuch nach Pjöngjang. Dieser Besuch war der Auslöser einer ganzen Reihe positiver Signale zwischen Nord- und Südkorea nach einer langen Periode der Eiszeit. Mit Bill Clintons Privattrip nach Pjöngjang signalisierte Obama, dass er die völlig kontraproduktive Politik seines Vorgängers Bush korrigieren wollte. Das Regime in Pjöngjang machte Obama diese Korrektur mit seinen weiterhin durchgeführten Atomwaffen- und Raketentests sowie einer feindseligen Rhetorik allerdings zunehmend schwer. Der letztlich nicht gelöste Hauptstreitpunkt während der ersten Amtszeit von Obama (2009–2012) war der Rahmen künftiger Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea. Pjöngjang verlangte direkte, bilaterale Verhandlungen und die damit verbundene Anerkennung durch Washington.

Weichei Obama?

Die Obama-Administration war nur zu Verhandlungen im Rahmen der soge-

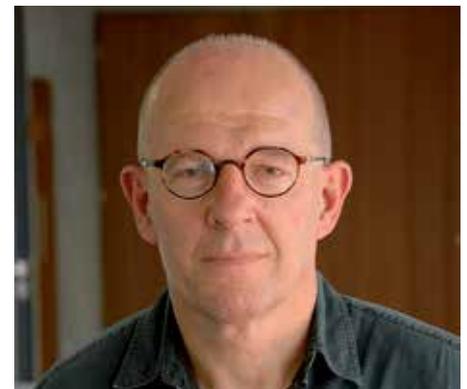
nannten 6er-Runde (mit China, Russland, Südkorea und Japan) bereit. Zu der damals diskutierten pragmatischen Lösung, die 6er-Runde weiterzuführen und parallel eine zusätzliche bilaterale Gesprächsebene zwischen Nordkorea und den USA inner- oder ausserhalb der 6er-Konstellation zu schaffen, kam es nicht.

Ein Grund dafür ist auf amerikanischer Seite, dass Obama angesichts seines Truppenrückzuges aus Irak von den Scharfmachern im republikanisch dominierten Kongress zunehmend als Weichei diffamiert und zu einer konfrontativen Politik gegenüber Nordkorea gedrängt wurde. Zudem konzentrierte sich die Obama-Administration ab 2012/2013 auf die Verständigung mit Teheran und die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm.

Inzwischen betreibt Diktator Kim Jong Un mit scharfen Worten und immer häufigeren Raketen- und Atomtests eine zunehmend aggressive Militär- und Sicherheitspolitik. Allerdings dient diese Politik nicht der Abwehr realer oder vermeintlicher Bedrohungen durch die USA, Südkorea, Japan oder durch andere Länder. Militärisch wäre Nordkorea zur Abwehr eines Angriffs dieser Länder selbst dann nicht in der Lage, wenn die militärischen Tests der vergangenen Jahre, wie von Pjöngjangs Propaganda behauptet, tatsächlich sämtlich erfolgreich verlaufen wären.

Sicherung der Diktatur

Die aggressive Politik des Diktators soll in erster Linie seine Macht im Innern sichern und das Volk hinter ihn scharen, dem er ansonsten nur Armut, Hunger, Unterdrückung und internationale Isolation anzubieten hat. Das derart motivierte Verhalten einer Diktatur lässt sich



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Virpi Luoma, Rayelle Neumann, Mareike Ippen, Hanna Götte, Arne Engeli, Gregor Szyndler, Matthias Weishaupt, Fabian Brändle, css.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seite 5-6: AktivistInnen in Syrien; Seite 8-10: Sea-Watch; Seite 11: Patrizia Grab; Seite 12, 16 und 18: Virpi Luoma; Seite 20/21: zVg; Seite 28: zVg (Friedensweg in Friedrichshafen).

Druck: gdz AG, Zürich

Auflage: 2000 Ex., Juni 2017

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492

durch Druck von aussen oder gar durch militärische Drohungen nicht beeinflussen und korrigieren. Auch nicht durch die im März dieses Jahres begonnene Stationierung eines Raketenabwehrsystems der USA in Südkorea – das zudem die grenznahen, bevölkerungsreichen Städte des Landes ohnehin nicht gegen Artilleriebeschuss aus Nordkorea schützen könnte – oder durch gemeinsame Grossmanöver dieser beiden Verbündeten.

Die chinesische Regierung hat daher völlig recht mit ihrer dringenden Aufforderung an die USA und Nordkorea, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und damit zu dem schon einmal erfolgreichen Ansatz des Genfer Abkommens von 1994. Anders lässt sich eine Deeskalation des Konflikts nicht erreichen. Und ohne eine Deeskalation dieses internationalen Konflikts ist auch eine innenpolitische Erosion der Diktatur in Pjöngjang nicht absehbar.

Die Rolle Peking

Peking handelt mit der Aufforderung an Washington und Pjöngjang auch in eigenem Interesse. Denn selbstverständlich liesse sich das jetzt von den USA in Südkorea errichtete Raketenabwehrsystem zur Abwehr von Angriffen aus Nordkorea technologisch bei Bedarf auch gegen China einsetzen. Um die USA nach eigenen Angriffen selbst unverwundbar zu machen sowie zur Spionage. Technologisch ist das ebenso möglich wie die Nutzung der von den USA und der Nato in Osteuropa stationierten und mit der Gefahr von Angriffen aus Iran begründeten Raketenabwehranlagen gegen Russland.

Entsprechende Sorgen in Peking sind keineswegs unbegründet. Denn Südkorea wurde nach dem Ende des Koreakrieges im Jahre 1954 zum militärischen Hauptverbündeten der USA in Nordostasien und zum Stationierungsort amerikanischer Atomwaffen. Diese Realität verstärkt die Befürchtungen in Peking, Washington strebe den Sturz der Diktatur in Pjöngjang auch heute nur an, damit die Wiedervereinigung der beiden Koreas die militärische Bündnispolitik der letzten 55 Jahre stärkt. Diese Befürchtung in Peking ist viel entscheidender für die Politik Chinas als die häufig zitierte Angst vor Millionen nordkoreanischer Flüchtlinge im Fall eines Kollapses der Diktatur in Pjöngjang.

Auftrieb für Militarisierung Japans

Trotz all seiner Kritik am nordkoreanischen Atomprogramm wird China diese

Diktatur daher so lange unterstützen, wie seine Befürchtungen hinsichtlich aggressiver US-Interessen in der Region bestehen. Die auch mit diesen Befürchtungen begründete Aufrüstung Chinas sowie Pekings zunehmend aggressive Haltung in den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer hat wiederum dazu geführt, dass sich die USA verstärkt darum bemühen, Japan zum militärischen Juniorpartner in der Region aufzubauen. Das seinerseits hat denjenigen Politikern in Tokio Auftrieb gegeben, die den nach dem Zweiten Weltkrieg in die japanische Verfassung aufgenommenen Friedensartikel 9 streichen wollen, den darin verbotenen Aufbau regulärer Streitkräfte fordern und inzwischen sogar eine atomare Bewaffnung Japans erwägen.

Das innenpolitisch erfolgreichste Argument dieser Politiker ist der Verweis auf die «Bedrohung Japans» durch Nordkorea. Nachhaltigen Erfolg werden alle bi- und multilateralen Verhandlungen daher nur haben, wenn sie sich nicht nur isoliert mit dem Atomprogramm Nordkoreas befassen, sondern endlich die militärische Zukunft und die künftige sicherheitspolitische Bündnispolitik der gesamten koreanischen Halbinsel in den Blick nehmen.

Ist Donald Trump bereit?

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung hatte bereits im August 2009 Südkoreas damaliger Präsident Lee aufgezeigt: In seiner Rede zum 64. Jahrestag der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft am 14. August 1945 bot er Pjöngjang Verhandlungen an über nichts weniger als eine «vollständige Denuklearisierung» der gesamten koreanischen Halbinsel sowie über eine «weitgehende Reduzierung der konventionellen Waffen».

Kurz- und mittelfristig ist aber die grosse Frage, ob US-Präsident Donald Trump zu einem Deeskalationsschritt im Nordkoreakonflikt bereit ist. Oder ob er den Konflikt mit der Diktatur in Pjöngjang mit all seinen Eskalationsrisiken bis hin zu einer militärischen Konfrontation mit China für eigene innenpolitische Zwecke instrumentalisieren wird: mit dem Kalkül, von seinen zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten und den schon bald absehbaren wirtschaftspolitischen Misserfolgen abzulenken und so die enttäuschten WählerInnen bei der Stange zu halten und für seine eigene Wiederwahl 2020 zu sichern.

Editorial

Fraglicher Angriff auf Schengen

Am 20. Dezember vergangenen Jahres einigten sich das Europäische Parlament und die EU-Staaten auf eine Revision der sogenannten Feuerwaffenrichtlinie – die unserem Waffengesetz entspricht. Dies war eine Reaktion auf den Terroranschlag vom 13. November 2015 auf das Pariser Konzertlokal Bataclan, der mit schweren Kriegswaffen erfolgt war. Die EU-Revision bringt eine schärfere Kontrolle von Waffenbesitzern, so etwa die Pflicht, sich einem Schützenverein anzuschliessen – um so eine bessere Kontrolle seines Umgangs mit Waffen zu gewährleisten.

Als Mitglied des Schengener Polizeiabkommens ist die Schweiz dazu verpflichtet, die EU-Vorgaben in diesem Bereich zu übernehmen. Gegen die sich daraus ergebende neuerliche Revision des Waffengesetzes hat sich schon früh aufgeregter Protest der hiesigen Schützen- und Waffenlobby gemeldet, die das Referendum androhte. Die Waffenlobbyisten erhoffen sich im Verein mit der SVP, die Scharte vom 5. Juni 2005 auszuweiten, als der Schengen-Vertrag gegen deren erbitterten Widerstand vom Volk angenommen worden war.

Sie erhoffen sich, mit der Ablehnung der kommenden Waffengesetzrevision das ganze Schengen-Gebäude zum Einsturz zu bringen. Das dürfte allerdings nicht unbedingt zum Erfolg führen, denn die möglichen Revisionspunkte sind eher überschaubar. So äusserte sich Nicoletta della Valle, Chefin des Bundesamtes für Polizei, am 14. Mai in der NZZ am Sonntag dahingehend, dass ein grosser Interpretationsspielraum gegenüber der EU bestehe. So dürfte diese nicht auf einem zentralen Waffenregister bestehen – faktisch gibt es das mehr oder weniger bereits mit dem erleichterten Zugriff kantonaler Stellen auf die Waffenplattform Armada des Bundes. Nicht betroffen ist auch die an die Soldaten abgegebene Waffe nach ihrer Dienstpflicht. Auch dürften sich Waffenliebhaber (leider) nicht einem psychologischen Test unterwerfen müssen.

Einzig das Mitmachen in einem Schützenverein, um regelmässig an der Waffe zu üben, dürfte in das Gesetz übernommen werden. Das stärkt nun ausgerechnet die Schützenvereine, die dagegen Sturm laufen. Sie dürften darum etliche Mühe haben, ihre Haltung dem Volk zu verkaufen.

Peter Weishaupt

Zivile Selbstorganisation in Syrien

Bildungsinitiativen, Bibliotheken, Gesundheitsaufklärung, lokale Universitäten, Kindergärten, Filmkollektive, Wochenzeitungen, Schulprojekte, Theatergruppen, Gärten, Kultur- und Medienzentren sind Projekte in Syrien, die von der oppositionellen Gruppe *adopt a revolution* unterstützt werden. In einem Land, wo die seit sechs Jahren anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen viel Zerstörung und grosse menschliche Not verursachen, ist das Engagement für solche Projekte unschätzbar. Doch die Aktivitäten des zivilen Widerstandes und Aufbaus werden nur selten in der hiesigen Öffentlichkeit wahrgenommen.

/ Rayelle Niemann /

Nachdem Mitte März 2011 die friedlichen Aufstände in vielen syrischen Regionen gegen das diktatorische Regime von Bashar AlAssad, gegen Korruption und grosse wirtschaftliche Missstände begonnen hatten, wurden an vielen Orten lokale Bürgerinitiativen gegründet. Diese Initiativen, die *Local Communication Committees of Syria*, kurz LCC, konnten auf informelle Netzwerke von DissidentInnen und AktivistInnen zurückgreifen, die sich bereits viele Jahre vor dem Ausbruch der Proteste für zivile Rechte in Syrien eingesetzt hatten und

dafür oft Gefängnisstrafen hinnehmen mussten.

Die LCC koordinierten unbewaffnete Demonstrationen und bauten Kommunikationskanäle auf, um lokal und regional über Proteste, militärische Übergriffe, Standorte von Scharfschützen und Strassensperren zu informieren, und dokumentierten Menschenrechtsverletzungen. Diese Aktivitäten förderten die Solidarität in der Bevölkerung und motivierten viele Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen, religiösen und ethnischen Hintergründen, sich Bürgerinitiativen anzuschliessen oder selbst welche zu gründen. Es sind viele kleine Projekte und Organisationen überall in Syrien entstanden, die den Kern des zivilen Widerstandes gegen das Assad-Regime und seine Unterstützer sowie gegen religiöse Fanatiker bilden.

NGO-Netzwerk seit 2011

Von deutschen und syrischen AktivistInnen wurde die unabhängige und gemeinnützige NGO *adopt a revolution* im Herbst 2011 ins Leben gerufen. Die Mitglieder von *Adopt a revolution* haben Politik- und Sozialwissenschaften, Psychologie, Arabistik sowie Journalismus studiert und verfügen über fundierte Erfahrungen in der Arbeit für NGO und Zivilgesellschaften. Sie sind persönlich oder über ihr Studium mit Syrien ver-

bunden. Die zu Beginn kleine Gruppe begann, ein breites solidarisches Netzwerk aufzubauen, und unterstützt seitdem Projekte der LCC.

Die Ziele und Arbeitsweise von *adopt a revolution* basieren auf gegenseitigem kontinuierlichem Austausch und Wissenstransfer in beide Richtungen. Das inzwischen zehnköpfige Team der Geschäftsstelle im Berliner Büro, unterstützt von vielen Freiwilligen, arbeitet eng mit Fachleuten und AktivistInnen in Syrien zusammen. Die NGO wuchs seit ihrer Gründung kontinuierlich. Für den Informations- und Erfahrungsaustausch konnten u.a. Medico international und die Heinrich-Böll-Stiftung als Partner gewonnen werden. 2015 erhielt *adopt a revolution* den Deutschen Friedenspreis in der Kategorie «Beispielhafte Initiativen».

Dank Spenden von über 3500 Menschen sind finanzielle Unterstützungen von Projekten möglich, die ausschliesslich von ZivilistInnen getragen werden und nicht Teil einer lokalen Autorität oder von bewaffneten Gruppen sind. Im Unterschied zu institutionell geförderten Projekten werden hauptsächlich kleine Projekte mit durchschnittlich 800 bis 1000 Euro im Monat unterstützt. Diese zeitbegrenzten wie auch langfristigen Projekte stärken den Mut zur Selbstorganisation der Bevölkerung und tragen dazu bei, dass auch eine Konfliktauf-



Die Webseite von *adopt a revolution* ist eine Plattform, die einzelne Teile des grossen Mosaiks der Aktivitäten in Syrien in den Vordergrund rückt, sie stärkt damit die Solidarität mit dem zivilen Widerstand. In arabischer, deutscher und englischer Sprache wird regelmässig von Projekten und Aktivitäten berichtet. Syrische AktivistInnen kommen zu Wort. Sie dokumentieren ihren Alltag und teilen ihre Erfahrungen, ihre Visionen, Rückschläge und Gedanken mit. Detailliert werden komplizierte Sachverhalte erörtert. Diskussionen, Filmvorführungen, Vorträge, Pressemittei-

lungen und eine jährlich erscheinende Zeitung gehören ebenfalls zur Öffentlichkeitsarbeit von *adopt a revolution*. Das westliche mediale Bild von Syrerinnen und Syrern, das die einst gefeierten stolzen Heldinnen und Helden, die für Demokratie und Menschenrechte auf die Strassen gingen, zu bemitleidenswerten Opfern degradiert, wird korrigiert.

Syrien, wie es einmal war, gibt es nicht mehr. Neue Ordnungen werden geschaffen, an Versöhnung muss gearbeitet werden. Die Menschen, die sich unter schwierigen Bedingungen vor Ort

und im Exil für ein würdevolles Leben einsetzen, gestalten die Zukunft und beeinflussen die Geschichtsschreibung von einem Land, das auseinandergebrochen ist. In diesen gewaltsamen und schwierigen Zeiten haben sie sich auf den langwierigen Prozess eingelassen, jenseits von Hass und Unterdrückung ein friedliches, stabileres Zusammenleben aufzubauen – eine Gesellschaft, in der Menschenrechte hochgehalten werden.

Weitere Informationen, z.B. der soeben erschienene Jahresbericht 2016, sowie Spenden unter www.adoptarevolution.org



beitung in einem pluralistischen und emanzipatorischen Umfeld möglich ist.

Eine Spur Hoffnung

Die Lebensbedingungen in Syrien sind schwierig und herausfordernd für die Bevölkerung. In vielen Gebieten ist die Infrastruktur zerstört. Elektrizität, wenn überhaupt, gibt es nur stundenweise. Die staatliche Müllabfuhr existiert nicht mehr und muss von den BewohnerInnen selbst organisiert werden. Um die Nahrungsmittelknappheit zu lindern und eine grössere Souveränität gegenüber der internationalen Hilfsökonomie zu erlangen, wird Boden mit viel Aufwand urbar gemacht. Auf dem Land und in urbanen Gebieten werden Gärten und Felder angelegt, die mit aufwendigen und komplizierten Bewässerungssystemen ausgestattet sind. Kindergärten und Schulen werden behelfsmässig wieder aufgebaut, es fehlt Lehrmaterial. Auch die medizinische Versorgung ist zunehmend schwierig. Krankenhäuser sind zerstört. Vor allem in ländlichen Gegenden müssen lange, oft beschwerliche Wege in Kauf genommen werden, um eine Arztpraxis aufzusuchen.

Ein Beispiel, das sowohl die Bedürfnisorientierung von Projekten als auch

die Komplexität der Lage veranschaulicht, ist die von BildungsaktivistInnen aufgebaute Initiative *Lamset Amal*, «Eine Spur Hoffnung». Dieses von *adopt a revolution* unterstützte Projekt wird in Flüchtlingslagern, Schulen und Rehabilitationszentren von Ost Ghouta durchgeführt. In diesem Umland von Damaskus, wo ca. 400'000 Menschen leben, warf die Regierung von Bashar Al Assad immer wieder massive Streubomben ab. Im Sommer 2013 fanden verheerende Giftgasangriffe statt. Seitdem ist das Gebiet, in dem auch militante Gruppen operieren, von der syrischen Regierung belagert. Elektrizität, Wasser und Lebensmittel sind knapp, die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

Opfer von Minen und Blindgängern

In den provisorischen Schulen trafen LehrerInnen auf Kinder, die nicht schreiben können, weil sie verstümmelte oder keine Finger haben. Beim Spielen im Freien kamen sie mit nicht explodiertem Kriegsmaterial in Berührung und wurden verletzt. Gemäss dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen sind weltweit ca. 40 Prozent aller zivilen Opfer von Landminen und Blindgängern Kinder. Die Initiative *Lamset Amal*

klärt Fünf- bis Zehnjährige über Blindgänger, Bombensplitter, kontaminiertes Wasser und erste Hilfe auf. Die Kinder lernen, dass sie den Gefahren nicht nur ausgeliefert sind und dass Wissen auch Selbstschutz bedeuten kann.

Von den Bildungsprojekten, die sich an Kinder richten, profitieren indirekt auch die Eltern. Bewusstseinsbildung, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und schulische Erfolge ihrer Kinder sind für sie ein Hoffnungsschimmer auf eine bessere Zukunft und erleichtern ihnen den sorgenvollen Alltag ein wenig. Projekte, die die kulturelle Vielfalt mit Musik, Theater, Filmen und kreativem Gestalten weiterleben lassen, fördern das Selbstbewusstsein der ganzen Bevölkerung. Erwachsene, Kinder und Jugendliche entdecken neue Seiten an sich, können in diesen Stunden den Druck der ihnen auferlegten Verantwortung vergessen und tragen die gemachten Erfahrungen zurück in ihre Familien. In Saraqeb, einer kleinen Stadt in der Provinz Idlib, wird z.B. von *adopt a revolution* der Workshop *Tale Hope* unterstützt. Psychologisch geschulte AktivistInnen bieten Jugendlichen an, mit der Methodik des

Fortsetzung Seite 6



Entmüllungsaktion in Daraa

Fortsetzung von Seite 5

kreativen Schreibens sowohl Kriegserlebnisse zu dokumentieren als auch aktiv traumatische Erlebnisse zu verarbeiten.

Neuer Stellenwert der Druck-Medien

Freie Meinungsäusserung ist ein wesentliches Element der menschlichen Würde und eine der Forderungen, für die viele auf die Strasse gehen. Im Ausland kaum beachtet, sind seit März 2011 Hunderte von Online- und Printmedien, Radio- und Fernsehsender in Syrien entstanden. Dutzende oppositionelle Zeitungen publizieren auch im sechsten Kriegsjahr weiter. In diesen nicht staatlichen Print- und Onlinemedien werden kritische Auseinandersetzungen und politische Debatten geführt, um Menschenrechte, Gewaltenteilung und die Emanzipation von Frauen zu fördern. Wegen der Stromknappheit haben gedruckte Zeitungen innerhalb Syriens einen besonderen Stellenwert. *Souriatna* (Unser Syrien) ist eine von MedienaktivistInnen herausgegebene Wochenzeitung. 16 KorrespondentInnen berichten aus allen Teilen Syriens. Um ihre eigene Sicherheit und die ihrer InformantInnen nicht zu gefährden, benutzen sie Pseudonyme, wenn sie aus Al Raqqa berichten, das von radikal-islamistischen Milizen erobert wurde.

Ebenso wenig ist eine Berichterstattung ohne Pseudonym aus den Küstenstädten Lattakia und Tartous, den Hochburgen von Al Assad, möglich, noch aus Gebieten, die von sogenannten moderaten Milizen kontrolliert werden. Nach dem Schreiben ist auch das Verteilen der Zeitungen an vielen Orten in Syrien sowie das Schmuggeln über die türkische und libanesische Grenze nicht ohne Risiko. In den dortigen syrischen Flüchtlingslagern ist die Zeitung gratis erhältlich. Neben anderen internationalen NGO wird *Souriatna* auch von *adopt a revolution* finanziell unterstützt. Zu-

sätzlich werden Artikel syrischer JournalistInnen übersetzt und auf der *adopt a revolution*-Homepage veröffentlicht, um in deutscher und englischer Sprache direkte Erfahrungen und Meinungen aus Syrien für alle zugänglich zu machen.

Kurdisch-syrisches Debattenmagazin

Das seit 2015 alle zwei Monate erscheinende «Debattenmagazin» *Sormi* wird in kurdischer und arabischer Sprache publiziert und ebenfalls von *adopt a revolution* unterstützt. Es kann auf eine längere Geschichte zurückblicken. Die bereits vor den Aufständen 2011 herausgegebenen Ausgaben von *Sormi* in kurdischer Sprache mussten im Untergrund erscheinen, weil Kurdisch von der Regierung AlAssads offiziell verboten war. Die Herausgeber wurden mehrmals inhaftiert. 2008 ordnete die syrische Regierung die Schliessung der Redaktion an. *Sormi*, heute herausgegeben in Qamishli, einem mehrheitlich von kurdischen SyrerInnen bewohnten Gebiet, wurde zum Türöffner für viele neue Initiativen, die die kurdische Sprache und Kultur bewahren und weiterentwickeln.

Aber nicht nur Zeitungen, auch die sozialen Medien spielen in Syrien eine wichtige Rolle. Sie sind schnell und ohne komplizierte Technik von allen benutzbar. Doch ebenso sind sie sprudelnde Quellen für Falschmeldungen, die für Eigeninteressen missbraucht werden, Menschen denunzieren und aufeinander hetzen. Die *Nabaa Agentur* in Daraa an der Grenze zu Jordanien hat sich diesem Problem angenommen. Mit der Unterstützung von *adopt a revolution* recherchieren JournalistInnen des Medienzentrums sogenannte Faktenchecks zu Themen, die den Süden von Syrien betreffen. Die Informationen werden

Rayelle Niemann, *1958, ist freie Kuratorin. Zwischen 2003 und 2012 lebte sie im Nahen Osten. Wieder zurück in Zürich, arbeitet an Ausstellungen, Film- und Gesprächsreihen zu Syrien und Migration.

dementsprechend korrigiert und auf sozialen Medien zugänglich gemacht.

Zwischen Standhalten und Flüchten

Seit den sechseinhalb Jahren ihres Bestehens erlebt das Team von *adopt a revolution* in Deutschland nicht nur die Freuden über geglückte Projekte. Auch teilt es schwierige Erfahrungen und Rückschläge mit seinen syrischen PartnerInnen vor Ort. Sei es die Angst in der islamistischen Hochburg Al Raqqa oder Verluste durch Kämpfe von Regierungstruppen und Milizen in Städten und auf dem Land, die hier in den Medien oft keine Erwähnung mehr finden. Manchmal sind Verzweiflung und Entmutigung so gross, dass AktivistInnen ihr Land in Richtung Europa verlassen. Dann werden neue Leute für die Initiativen gesucht und gegebenenfalls andere Strukturen aufgebaut. Unter dschihadistischen Bedrohungen müssen Projekte geschlossen werden wie z.B. 2014 das Zentrum für Zivilgesellschaft im ländlichen Menjeb östlich von Aleppo.

Trotz der immer wieder zermürbenden Erfahrungen und Nachrichten von Bomben und Luftangriffen, vom versuchten Aushungern der Bevölkerung während jahrelanger Belagerung, von massenhaften Zwangsumsiedlungen, immens hohen Preisen für Brennstoff, Medikamente und einfache Nahrungsmittel auf dem Schwarzmarkt haben sich viele Menschen entschieden, in Syrien zu bleiben. Mit ihrer Entschlossenheit, in Bürgerinitiativen aktiv zu sein, ermöglichen sie etwas wie Alltag und Würde.

6,3 Millionen Binnenflüchtlinge

Die über humanitäre Hilfe hinausgehenden Initiativen können auch dazu beitragen, die Zahl der Flüchtlinge in einem Konflikt zu vermindern, dessen Ausgang und Ende nach wie vor ungewiss ist. Zwar wurden an der sogenannten Friedenskonferenz Anfang Mai 2017 in Astana Schutzzonen für Syrien vereinbart. Doch an eine nachhaltige Befriedung glaubt niemand. Befürchtungen bleiben bestehen, dass die Zivilbevölkerung weiter zwischen vielen Fronten zerrieben wird. Neben lokalen Interessensgruppen mit Machtansprüchen mischen internationale Mächte mit, die eigene ethno-religiöse, wirtschaftliche und geopolitische Interessen verfolgen. Von den 20 Millionen EinwohnerInnen sind gemäss des Hochkommissariats der UNO über 400'000 getötet worden, über zwei Millionen wurden verletzt. Vom UNHCR wurden fünf

Millionen SyrerInnen als Flüchtlinge im Ausland registriert; 6,3 Millionen sind Binnenflüchtlinge innerhalb Syriens.

Vor diesem Hintergrund mögen die 2015 von *adopt a revolution* unterstützten acht zivilgesellschaftlichen Zentren, die neun Schul- und Bildungsinitiativen sowie die elf alternativen Medienprojekte in Syrien wie kleine Tropfen auf einem sehr heissen Stein wirken. Doch viele kleine Tropfen können Grosses bewegen, Tropfen für Tropfen. Der nach wie vor unermüdliche Einsatz vieler Menschen in Syrien, zivile Zentren, unabhängige Medien, Bildungs- und Gesundheitsprojekte aufzubauen und aufrechtzuerhalten, um weiterhin eine nachhaltige und auf Verständigung basierende Gesellschaft zu entwickeln, ist die Motivation für *adopt a revolution*, ihre Arbeit fortzusetzen.

«Auf diese Weise werden wir uns nach Beendigung des Krieges nicht in einem völligen Vakuum befinden. Wenn wir diese Menschen unterstützen, werden sie in der Lage sein, die Gesellschaft zu führen und den ersehnten Wandel zu bringen.» So schreibt die syrische Schriftstellerin und Menschenrechtsaktivistin Samar Yazbek im Jahresbericht 2015 von *adopt a revolution*: «Es muss darum gehen, Kapazitäten zu schaffen, um den Menschen die Fortführung ihres Widerstandes zu ermöglichen und für die Werte der Revolution eintreten zu können: Freiheit, Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte...»



In dieser Ausgabe Die Unterschriftenkarte für die Kriegsgeschäfte-Initiative

Dieser **FRIEDENSZEITUNG** liegt eine Unterschriftenkarte für die Mitte April lancierte Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Wir haben diese in unserer letzten Ausgabe Nr. 20 vom März 2017 ausführlich vorgestellt. Die

Sammlung hat mit Schwung begonnen, die ersten Unterschriften werden bereits beglaubigt. Deshalb: Noch heute unterschreiben und sammeln. Weitere Bogen und Informationen können bei uns bestellt werden: info@friedensrat.ch

Redaktion **FRIEDENSZEITUNG**

Abonnieren Sie den neuen SFR-Newsletter

Mitte Dezember 2016 haben wir den ersten elektronischen Newsletter an interessierte Personen, uns nahestehende Organisationen und Medien versandt. Er wird künftig viermal im Jahr, jeweils kurz vor der neuen **FRIEDENSZEITUNG** erscheinen. Neben einem Hinweis auf Schwerpunkte der aktuellen **FRIEDENSZEITUNG**s-Ausgabe möchten wir mit dem Newsletter auch auf interessante Veranstaltungen und Themen, die uns am Herzen liegen, aufmerksam machen.

Die ersten beiden Newsletter haben ein gutes Echo gefunden. Wir würden ihn gerne an alle Interessierten versenden. Wenn Sie ihn künftig erhalten möchten, melden Sie uns doch Ihre E-Mail-Adresse. Diese wird garantiert nur für den Newsletter und nur alle drei Monate verwendet, damit Sie sich auf die neuste Ausgabe der **FRIEDENSZEITUNG** freuen können.

Mitteilungen an info@friedensrat.ch

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der SFR ist neben Mitgliederbeiträgen, Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden für seine kontinuierliche Friedensarbeit auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir weiterhin wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen oder unser Buchprojekt über das Friedens-Zentrum Gartenhof verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen

wirkungsvoll unterstützen. Legate und Erbschaften haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen. Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an Peter Weishaupt, Geschäftsleiter SFR, Telefon 044 242 93 21 oder info@friedensrat.ch

«Wie viele Menschen müssen noch sterben, bis etwas passiert?»

Die humanitären Organisationen, die sich im Mittelmeer um die gefährdeten Flüchtlinge kümmern, sind in letzter Zeit vermehrt unter politischen Druck geraten. Ohne jegliche Beweise für eine angebliche Kollaboration mit sogenannten Schleppern wird ihnen vorgeworfen, das Flüchtlingsdrama zu verschlimmern statt zu lindern. Im folgenden Beitrag wird die Arbeit der privaten Rettungsaktion *Sea-Watch* und die heutige Situation im Mittelmeer beschrieben.

/ Mareike Ippen, *Sea-Watch* /

Im Herbst 2014 entstand in einer gewöhnlichen Familienküche im deutschen Bundesland Brandenburg die waghalsige Idee für den Verein *Sea-Watch*. Der sich selbst als Landratte bezeichnende Unternehmer Harald Höppner schmiedete zusammen mit Freunden den Plan, ein Schiff zu kaufen, denn sie wollten das Sterben im Mittelmeer nicht weiter hinnehmen. Höppner ist selbst in Berlin-Ost aufgewachsen und kennt das Gefühl, eingesperrt zu sein: «Den Geburtsort kann man sich leider nicht aussuchen.» 25 Jahre, nachdem die Grenzen in den Westen geöffnet wurden, hatte er nur eine Frage im

Kopf: «Wie können wir den Mauerfall feiern und gleichzeitig eine neue Mauer um Europa ziehen?»

Einstellung von *Mare Nostrum*

In den Wintermonaten 2013 häuften sich die tragischen Nachrichten aus dem Mittelmeer. In nur wenigen Tagen starben damals mehrere hundert Menschen im zentralen Mittelmeer auf dem Weg von Nordafrika nach Europa. Daraufhin startete Italien die Marineoperation *Mare Nostrum*, um diesem Sterben entgegenzuwirken. Mit einem monatlichen Budget von neun Millionen Euro schaffte es die Operation, 130'000 Schutzsuchende in nur einem Jahr vor dem sicheren Tod zu retten. Doch nur ein Jahr später – im Herbst 2014 – führte der Druck der italienischen Opposition und der Europäischen Union zur Einstellung von *Mare Nostrum*. Die Begründung lautete, dass die Rettung immer mehr Menschen motiviere, sich auf die «Reise» zu machen.

Mit demselben Vorwurf, Teil eines sogenannten «Pull Factors» zu sein, sehen sich auch heute noch Rettungsinitiativen wie *Sea-Watch* konfrontiert. Ersetzt wurde *Mare Nostrum* durch die viel kleinere *Operation Triton*, ausgeführt von der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex. Hauptziel

ist seither nicht mehr die Rettung von Menschen, sondern das Schützen der Aussengrenzen Europas.

Erste Hilfe für Leute in Seenot

Die Brandenburger starteten also ihre eigene Operation. Für 60'000 Euro kauften sie einen fast 100 Jahre alten Fischkutter. Zusammen mit vielen Freiwilligen brachten sie ihn wieder auf Vordermann und taufte ihn «*Sea-Watch*». Der Name des Vereins verdeutlicht, dass das Schiff vor allem ein Auge auf hoher See sein soll, das Menschenrechtsverletzungen bezeugen kann. Die Crew leistet Menschen, die in Seenot geraten, Erste Hilfe – und ruft grössere Schiffe für den Transfer in einen sicheren Hafen. «Unser Schiff ist kein echtes Rettungsschiff, wir wollen die Rettung nur organisieren und die Situation dokumentieren», sagt Initiator Höppner.

Nach dem internationalen Seerecht ist jedes Schiff dazu verpflichtet, Seenotrettung zu leisten: «Jeder Staat verpflichtet den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes, soweit der Kapitän ohne ernste Gefährdung des Schiffes, der Besatzung oder der Fahrgäste dazu imstande ist,

a) jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten;
b) so schnell wie möglich Personen in Seenot zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihrem Hilfsbedürfnis Kenntnis erhält, soweit diese Handlung vernünftigerweise von ihm erwartet werden kann (...).» (Artikel 98 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen)

Unterlassene Hilfe dokumentieren

Nur sechs Monate später, am 20. Juni 2015, dem Weltflüchtlingstag, stach die *Sea-Watch 1* in See. Das Auslaufen aus dem Hamburger Hafen war von einer schrecklichen Nachricht überschattet: 950 Menschen waren in der Nacht zuvor bei einem Bootsunglück ertrunken. Mithilfe des siebenköpfigen Teams, bestehend aus Kapitän, Arzt, Sanitäter, Nautiker, Techniker, Psychologe und





Pressevertretern, beteiligte sich *Sea-Watch* schon in der ersten Woche an der Rettung von mehr als 1000 Menschen. Damals waren *Sea-Watch*, *Ärzte ohne Grenzen* und *MOAS (Migrant Offshore Aid Station, eine private Hilfsorganisation auf Malta zur Seenotrettung von Bootsflüchtlingen)* die einzigen zivilen Initiativen auf dem Mittelmeer. «Wenn wir nicht hier sind, weiss niemand Bescheid», sagt Mitgründer Matthias Kuhnt. Die unterlassene Hilfeleistung der Friedensnobelpreisträgerin EU zu dokumentieren, war von Anfang an ein Ziel.

Sea-Watch erhält keine staatlichen Mittel, sondern finanziert sich ausschliesslich durch Spenden. Mit dem Erlös aus Firmenfeiern oder Geburtstagspartys, Spenden von Kindergärten und Kirchgemeinden konnte 2015 ein weiteres, diesmal grösseres Schiff gekauft werden: die *Sea-Watch 2*. Endlich gab es die Möglichkeit, einen Behandlungsraum für Schwerverletzte an Bord einzurichten. Mit der Grösse des Schiffes hat sich auch die Crew vergrössert: Auf jedem Einsatz engagieren sich jetzt 15 Freiwillige aus der ganzen Welt. Die Crewmitglieder engagieren sich alle ehrenamtlich. Die meisten opfern ihren

Jahresurlaub, um drei Wochen auf dem Schiff sein zu können. «Was da draussen passiert, ist einfach nur krank. Ich frage mich, wie viele Menschen noch sterben müssen, bis die EU endlich etwas unternimmt», sagt *Sea-Watch*-Aktivistin Annemiek aus Holland.

Sea-Watch und die «zivile Flotte»

Auf den Tag genau ein Jahr nach Auslaufen der *Sea-Watch 1*, wieder am Weltflüchtlingstag, startete also die *Sea-Watch 2* ihren Einsatz zwischen Libyen und Italien. Inzwischen sind einige Organisationen dem Vorbild von *Sea-Watch* gefolgt: *Jugend Rettet*, *SOS Mediterranée* und viele andere verfolgen dasselbe Ziel – die EU an ihre Verantwortung an den Aussengrenzen Europas zu erinnern. Besonders am Herzen liegt *Sea-Watch* die Koordination der Einsätze aller zivilen Retter: Ein Dutzend Rettungsschiffe sucht ein Gebiet ab, das ungefähr so gross ist wie die Bundesrepublik Deutschland (357'376 km²). Um hier effektiver zu werden, hat *Sea-Watch* gemeinsam mit der *Humanitarian Pilots Initiative* ein Flugzeug an den Start gebracht. Am diesjährigen Osterwochenende flog zum ersten Mal ein Aufklärungsflugzeug über das

Meer und entdeckte ein Boot mit mehr als 100 Menschen an Bord. «Erst war es nur ein Punkt am Horizont, dann wurde schnell klar, dass sich unter uns eine Tragödie abspielt: Meilenweit war kein Rettungsschiff zu sehen, und es sind bereits einige Menschen über Bord gegangen», erinnert sich der Schweizer Pilot Fabio Zraggen.

Durch ein Flugmanöver machte er einen libyschen Fischer auf die Menschen in Not aufmerksam, gerade noch rechtzeitig. Eine App, an der *Sea-Watch* unermüdlich arbeitet, soll die Zusammenarbeit der zivilen Flotte zusätzlich unterstützen. Auf der App lassen sich neugesichtete Boote und ihre Lage an Bord eintragen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich bei mündlich gemeldeten Positionsbestimmungen Fehler wie Zahlendreher einschleichen, «mit der Folge, dass Retter 20 Meilen weit in die falsche Richtung fahren», so Pressesprecher Ruben Neugebauer.

Zivile Retter im Kreuzfeuer

Während all diese Projekte die Arbeit erleichtern und die Zusammenarbeit

Fortsetzung Seite 10



Fortsetzung von Seite 9

verbessern sollen, zieht auf einer anderen Seite ein immer stärkerer Sturm gegen *Sea-Watch* und die anderen im Mittelmeer tätigen Organisationen auf. Mitte Mai musste Geschäftsführer Axel Grafmanns die lebensrettende Arbeit vor dem italienischen Parlament verteidigen.

Leider nehmen auch Teile der Zivilbevölkerung diese Vorwürfe auf, was sich in steigenden Hasskommentaren und E-Mails widerspiegelt: «Für jeden geretteten Bimbo müsste jeder von euch 100 Peitschenhiebe bekommen. Fahrt diesen Abschaum lieber dahin zurück wo sie gestartet sind. Es sind keine Schiffbrüchigen die in Seenot geraten sind, sondern Nigger-Invasoren, die sich bewusst und absichtlich in diese Gefahr begeben. Für diese Dreckssäcke ist aber kein Asyl-Recht vorgesehen. MIT DEUTSCHEM GRUß».

Auch Anrufe mitten in der Nacht oder SMS-Nachrichten lassen Vereinsmitglieder die negative Stimmung deutlich spüren. Wer einmal die Erleichterung der Menschen an Bord der *Sea-Watch* miterlebt hat, dem ist dieser Hass völlig unverständlich. «Die Vorwürfe, wir arbeiten mit Schleppern zusammen, sind absolut abstrus», sagt Axel Grafmanns. Würden Organisationen wie *Sea-Watch* wirklich mit Schleppern zusammenarbeiten, müsste es nie zu so brenzligen Situationen wie am Osterwochenende 2017 kommen, als sogar Rettungsschiffe ein Notsignal absetzen

mussten, weil sie mit so vielen Geretteten an Bord manövrierunfähig waren. Die beiden Wochen darauf war eine motivierte Crew im Einsatzgebiet auf Suche – ohne ein einziges Boot zu finden. «Die Migranten kommen, weil es ihnen schlecht geht», sagt *Sea-Watch*-Vorstandsmitglied Frank Dörner. «Es wird unterschlagen, dass alle Organisationen hier eine Aufgabe übernehmen, die eigentlich durch die EU erfüllt werden müsste. Nämlich zu verhindern, dass Menschen beim Versuch, nach Europa zu gelangen, sterben, weil es für sie keine andere Möglichkeit gibt, sicher dort hin zu gelangen.»

Sea-Watch

Sea-Watch rettet seit 2015 im Mittelmeer Menschen aus Seenot. Momentan ist das ehemalige Forschungsschiff *Sea-Watch 2* im Einsatz vor der libyschen Küste. 2016 war *Sea-Watch* an der Rettung von über 20'000 Menschen beteiligt. Insgesamt haben sich für den Verein schon 500 Menschen aus der ganzen Welt engagiert. *Sea-Watch* tritt für legale und sichere Fluchtwege ein: #SafePassage. Die Organisation finanziert sich nur durch Spenden: www.sea-watch.org/spenden. Aktuelle Infos gibt es auch auf der Facebook-Seite www.facebook.com/seawatchprojekt

Die tödlichste Grenze weltweit

Solange es keine sicheren Einreisewege gibt, bewahrt auch ein besserer Grenzschutz die Festung Europa nicht davor, dass sich weiterhin Menschen auf den Weg begeben, in die Hand von Schleppern, die die einzigen sind, die ihnen die Reise ermöglichen. Dies verdeutlichen die Zahlen der Flüchtenden. Nach dem umstrittenen EU-Türkei-Deal sind zwar insgesamt weniger Menschen über das Mittelmeer gekommen als noch 2015. Die meisten der 181'000 Menschen, denen die Überfahrt letztes Jahr gelungen ist, kamen über Libyen. Gleichzeitig sind mindestens 5000 Menschen im zentralen Mittelmeer gestorben, über die Dunkelziffer der Toten lässt sich nur spekulieren. Damit ist die europäische Aussen-grenze die tödlichste der Welt – zum Vergleich: An der Grenze zwischen den USA und Mexiko starben im letzten Jahr «nur» 322 Menschen.

Ein weiterer Grund für diesen Anstieg sind die entsetzlichen Zustände in Libyen. Selbst das deutsche Auswärtige Amt bezeichnet die Verhältnisse in den Internierungslagern als «KZ-ähnlich»: Systematische Exekutionen, Vergewaltigungen und Folter sind keine Ausnahmen. Dadurch entstehe im Gegensatz zum «Pull Factor» ein sogenannter «Push Factor»: Die Menschen sind aufgrund der schlechten und bedrohlichen Situation in Libyen dazu gedrängt, weiter zu fliehen, und ziehen das Risiko, auf hoher See zu sterben, dem lebensgefährlichen Alltag in Libyen vor. Deshalb fordert *Sea-Watch*: #safepassage #now!

Im griechischen Flüchtlingscamp

Die Mühsal der Flüchtlinge endet nicht, nachdem das Gummiboot gelandet ist. Auf den griechischen Inseln und auf dem Festland warten neue Schwierigkeiten. Patrizia Grab, die im Zürcher Rotpunktverlag als Herstellerin arbeitet, ist seit 2015 schon elfmal als freiwillige Helferin nach Griechenland geflogen. Sie weiss mittlerweile, wie das Leben in den Flüchtlingscamps in Thessaloniki und auf Lesbos aussieht.

/ Virpi Luoma /

«Als Papst Franziskus das Flüchtlingscamp von Moria auf Lesbos mit einem Konzentrationslager verglich, hatte ich grosse Freude: endlich eine Autorität, die genügend mutig war, das zu sagen, was wir alle gedacht haben. Die Lager-situation auf Lesbos ist katastrophal und unzumutbar. Das Militär ist sehr präsent und die Menschen leben unter widrigsten Umständen. Das muss aufhören», fordert Patrizia.

Mit *schwizerchrüz.ch*, einer privaten Initiative von Rahel und Michael Räber, war Patrizia Grab zuerst auf Lesbos im Einsatz, später dann in den Flüchtlingscamps Karamanlis und Frakapor nahe Thessaloniki, wo die Situation relativ gut war. Zu ihren Aufgaben auf Lesbos gehörten etwa die Betreuung der geflüchteten Menschen an den Stränden, die Sortierung der gespendeten Kleider und Schuhe im Lagerhaus und Tag- und Nachtschichten am Strand.

In Thessaloniki hat sie die Betreuung der Strandschulen übernommen. Nach der Auflösung der Camps besucht sie weiterhin die Menschen in Thessaloniki und organisiert bei Bedarf Arztbesuche. Alles hat sie selbst bezahlt und selbstverständlich bei ihren Einsätzen auch nichts verdient. An ihrem Arbeitsplatz, dem Rotpunktverlag, hat Patrizia, nachdem alle Ferien aufgebraucht waren, vier Monate unbezahlten Urlaub genommen.

Lebensschule mit Flüchtlingen

Ihr Engagement begann im Spätherbst 2015, als es darum ging, wie immer die üblichen Weihnachtsferien zu planen. «Die schockierenden Nachrichten über die Flüchtlingssituation am Mittelmeer und die Terroranschläge in Paris haben

mich tief bewegt. Ich und mein Freund entschieden uns – ohne Erfahrung in einem Hilfswerk –, bei *schwizerchrüz.ch* mitzuarbeiten. Zuerst dachten wir nur an Strände-Aufräumen oder Ähnliches, aber jedes Mal, wenn wir am Strand waren, kam ein Boot. Der Kontrast war so gross: Wir hier können überall hinreisen, wie wir wollen, gleichzeitig zahlen einige Leute ein halbes Vermögen für eine lebensgefährliche Gummibootfahrt», erinnert sich Patrizia. «In dieser Zeit habe ich Dankbarkeit gelernt für alles, was ich in der Schweiz habe und tun kann.»

Eine ganze Generation verloren

Das Leben in den Camps bedeutet für die Flüchtlinge einerseits langes Warten und Nichtstun, andererseits bringt es grosse Unsicherheit und Zukunftsängste. Nach der ersten Registrierung auf den Inseln kommen die Menschen in Camps auf dem Festland. Dort warten sie auf die Relocation (Verteilung in ein europäisches Land) oder auf Familienzusammenführung, wenn schon Angehörige in Europa sind. Der harte Winter in Griechenland führte dazu, dass die Geflüchteten aus ihren Zelten in die Fabrikhallen in Hotels oder Wohnungen umgesiedelt wurden, und dies oft mehrfach. Sie mussten sich also immer wieder neu organisieren und hofften bei jedem

Umzug, dass es der letzte in Griechenland sein würde. Nach der Auflösung der Camps sehnten sich viele Syrer wieder in die Fabrikhallen zurück, da sie ein sehr starkes Gemeinschaftsgefühl haben und in den Wohnungen oft einsam sind.

Je besser Patrizia die Menschen auf der Flucht kennengelernt hat, desto persönlicher wurde die Situation auch für sie: «Ich musste Geduld lernen und die Unsicherheit aushalten, weil ich manchmal nichts für sie tun konnte. Es ist sehr frustrierend, nur zuzuschauen, wie wir bei den Kindern eine ganze Generation verlieren, die keine Ahnung hat, was es heisst, sich zu Hause zu fühlen oder in die Schule zu gehen, sie kennen oft nur das Leben auf der Flucht. Auch die Situation der Männer ist angespannt, weil ihre veränderte Lebenssituation und ihre Hilflosigkeit oft vergessen gehen. Nicht nur Kinder und Frauen, auch Männer brauchen Hilfe oder jemanden zum Reden.»

Integration als Herausforderung

Nach dem EU-Türkei-Abkommen wurden vielen Ehrenamtlichen und NGO das Leben erschwert, weil die griechische Regierung wollte, dass nur Regierungsorganisationen weiterarbeiten. «Viele Camps auf dem Festland sind jetzt mehr oder weniger leer und die Umplatzierung von Flüchtlingen in andere Länder geht in den nächsten Monaten weiter. Die griechischen Behörden haben zusammen mit der EU viel Arbeit geleistet, aber ich habe das Gefühl, dass die

Fortsetzung Seite 12

Bild: Herbst 2016 im griechischen Flüchtlingscamp Karamanlis 3. Foto: Patrizia Grab





Fortsetzung von Seite 11

Griechen trotzdem sehr alleine gelassen wurden», meint Patrizia.

Eine Umsiedlung bedeutet für Menschen auf der Flucht auch eine neue Lebensphase, oft verbunden mit Hoffnung. Sie träumen von schneller Anpassung in eine neue Umwelt, aber in Wirklichkeit kann es noch lange dauern, bevor sie arbeiten oder studieren können. Die grossen Hoffnungen, Dankbarkeit und positiven Gedanken der Flüchtlinge gegenüber Europa erstaunen Patrizia, aber sie befürchtet neue Enttäuschungen: «Europa ist nicht das Paradies, wie sie es sich vorstellen. Je länger sie warten müssen, desto frustrierter sind die Leute und kapseln sich ab. Das führt meiner Meinung nach zu erschwerter Integration.»

schwizerchrüz.ch

unterstützt seit August 2015 flüchtende Menschen in Griechenland und der Türkei. Die private Initiative wurde von Rahel und Michael Räber ins Leben gerufen. Seither haben hunderte Freiwillige das Paar dabei unterstützt, den Menschen auf der Flucht zu helfen und ihnen in Anstand zu begegnen. Im September 2015 ist *schwizerchrüz.ch* nach Lesbos gegangen, um dabei zu helfen, die Rettungen der Bootsflüchtlinge an der Küste zu bewältigen. Allein im Lager Frakapor und im Lager Karamanlis nahe Thessaloniki wohnten im Jahr 2016 insgesamt 1200 Flüchtlinge.

Die Situation von *schwizerchrüz.ch* ist im Moment schwierig. Der Gründer Michael Räber hat sich zurückgezogen und ein kleines Team versucht, wenigstens das Community Center auf Lesbos am Leben zu erhalten. Spendengelder werden für den Rückbau ihrer Arbeit verwendet. Besuchen Sie die Webseite www.schwizerchrüz.ch für Informationen über die aktuelle Arbeit.

Gute Integration ist ein wichtiges Thema für eine funktionierende Gesellschaft. Man muss nicht weit reisen, um etwas für die Flüchtlinge zu tun, weil man vieles auch in der Schweiz machen kann. «Es braucht einfach ein Herz dafür. Mal eine Frau mit Hijab zu grüssen oder zu schauen, was man in Asylzentren oder Quartiervereinen machen kann. Wichtig ist es, miteinander zu reden, ohne dem anderen gleich noch seine Werte aufdrängen zu wollen. Ich habe so viele dumme Fragen gestellt, aber dadurch konnte ich viele Erklärungen für unterschiedliches kulturelles Verhalten finden», betont Patrizia. Ihrer Erfahrung nach sind offene Kommunikation und beidseitiger Respekt ein Weg, um die Angst vor anderen Menschen und Kulturen zu überwinden. Es ist eindrücklich, welche grosse Dankbarkeit für die Möglichkeit, anderen zu helfen, aus Patrizias Geschichte aufleuchtet.

Wichtig ist es, miteinander zu reden, ohne dem anderen gleich noch seine Werte aufdrängen zu wollen. Ich habe so viele dumme Fragen gestellt, aber dadurch konnte ich viele Erklärungen für unterschiedliches kulturelles Verhalten finden», betont Patrizia. Ihrer Erfahrung nach sind offene Kommunikation und beidseitiger Respekt ein Weg, um die Angst vor anderen Menschen und Kulturen zu überwinden. Es ist eindrücklich, welche grosse Dankbarkeit für die Möglichkeit, anderen zu helfen, aus Patrizias Geschichte aufleuchtet.

Mission Mittelmeer

woz-Redaktorin Noëmi Landolt war im Oktober 2016 zwei Wochen lang als Crewmitglied auf dem zivilen Rettungsboot «Seawatch 2» auf dem Mittelmeer. Ihre Erlebnisse hat sie in einem Logbuch festgehalten, das die Wochenzeitung woz vor kurzem als Büchlein mit Illustrationen von Aline Günter herausgegeben hat. Die Einträge bestehen aus sehr persönlichen Beobachtungen und Reflexionen: Sie zeigen Ausschnitte aus einem Katastrophengebiet, erzählen von den Toten und den Lebenden, Geschichten von Flucht, grosser Verzweiflung und persönlicher Hoffnung.

Landolts Bericht über die katastrophale Situation soll möglichst viele Leute anregen, sich für Menschen auf der Flucht einzusetzen: im persönlichen Gespräch, im Ehrenamt, als SpenderInnen. Deshalb hat «Mission Mittelmeer» keinen fixen Preis: Sie bestimmen selbst, wie viel Sie dafür geben möchten. Die Herstellungskosten belaufen sich auf etwa 10 Franken pro Exemplar. Einen allfälligen Überschuss wird eine Hilfsorganisation erhalten, die sich für Flüchtlinge einsetzt.

Bestellen können Sie das Buch **Mission Mittelmeer** via shop@woz.ch (mit Angabe von Postadresse und Anzahl Exemplare) oder unter 044 448 14 14. Ein Bestellformular finden Sie auch auf der Webseite www.woz.ch/missionmittelmeer. Bitte rechnen Sie mit einer Lieferfrist von bis zu 10 Tagen.

Nachruf auf die Pionierin eines gerechten Handels

Ursula Brunner, Bananenfrau

Ursula Brunner, die schweizweit bekannte Bananenfrau und Pionierin des fairen Handels, ist am 23. März im Alter von 92 Jahren in Frauenfeld gestorben.

/ Arne Engeli /

Wenige Monate vor ihrem Tod bin ich Ursula Brunner zum letzten Mal begegnet, als sie im thurgauischen Frauenarchiv mit ihren Weggefährtinnen und Weggefährten die Aufarbeitung ihres Vorlasses feiern konnte. 300 Bundesordner umfasste das Material, das ein eigens angestellter Archivar während elf Monaten geordnet hatte. Ursula erzählte mit der ihr eigenen Leidenschaft, wie 1973 aus der Idee von sieben Frauenfelder Frauen, sich gegen die Preis senkung von Bananen bei der Migros zu wehren, in kurzer Zeit ein Selbstläufer wurde, der sich ausbreitete und schliesslich zu einer erfolgreichen Bewegung wurde. Es sei eine Gnade, wenn Menschen die Möglichkeit gegeben werde, etwas für die Welt zu tun. Die Arbeit sei jedoch nicht zu Ende. Die Frage nach der Gerechtigkeit im Handel müsse heute neu gestellt werden. Bauern und Arbeiter seien noch immer zu wenig geschützt. «Mein Traum ist, dass eine Akademie für fairen Handel gegründet wird.»



Im Einsatz für Gerechtigkeit

Kennen gelernt hatte ich Ursula Brunner, als sie 1966 als Pfarrfrau und Mutter von neun Kindern zurück nach Frauenfeld kam, wo ich damals mit meiner Familie wohnte. Die Auseinandersetzung mit den Lebenswegen ihrer Söhne und Töchter – insbesondere der tragische frühe Tod von zwei von ihnen – hat Ursula ein Leben lang geprägt. In Frauenfeld engagierte sie sich zusammen mit ihrem Mann Eugen am Gemeindeaufbau. Gelegentlich trafen wir uns in kleinem Kreis in einer Arbeitsgruppe, um,

Bananenfrau

wie sie in ihrem lesenswerten Buch «Bananenfrauen» schreibt, «Fragen nach den politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen von Armut in den Ländern der Dritten Welt und Reichtum bei uns aufzuwerfen».

Im Januar 1973 zeigte sie im *Treffpunkt für Frauen* Peter von Guntens Film «Banamera Libertad». «Wir waren aufgewühlt», schreibt sie. «Ein zweiter Abend mit einem Film der Migros über «Chiquita» folgte, mit einer Diskussion bis Mitternacht. Zwei gute Abende. Bereits suchte ich im Geist ein neues Thema für den nächsten Treffpunkt.» Einige Tage



darauf erhielt Ursula einen Brief: «Nun können wir doch nicht mehr hingehen und Bananen kaufen und so tun, wie wenn wir es nicht wüssten. Was sollen wir nun tun?» Erst dieser Brief gab den Anstoss, am Thema Bananen zu bleiben. Mit der Leiterwagenaktion erhielten die sieben Bananenfrauen öffentliche Aufmerksamkeit, sie suchten das Gespräch mit der Migros («Wir sind doch kein Wohltätigkeitsinstitut»). Basisgruppen weit über den Thurgau hinaus liessen sich anstecken.

Import von Nicaragua-Bananen

Die Bananenfrauen trafen sich nun regelmässig an Mittwochvormittagen im Beisein ihrer herumkrabbelnden Kinder. Sie erarbeiteten sich ein enormes Wissen zum Bananenhandel und lancierten phantasievolle Aktionen. Ab 1976 reiste

Ursula Brunner jedes Jahr für mehrere Wochen nach Zentralamerika und nach Kolumbien. Sie knüpfte Kontakte zu Arbeiterinnen und Arbeitern auf den Plantagen, zu Gewerkschaften und Frauenorganisationen, zu Bananenproduzenten und Regierungsbeamten, schliesslich zu europäischen Fruchthändlern und Grossverteilern in der Schweiz.

1986, als Reaktion auf das US-Embargo gegenüber Nicaragua, begann die Frauenfelder Gruppe mit dem professionellen Import von Nica-Bananen. Es waren die ersten in der Schweiz, die unter gerechten Bedingungen produziert worden waren. Diese Erfahrungen führten schliesslich zur Gründung der Vermarktungsorganisation Gebana AG. Ursula wurde so im Laufe der Jahre eine Expertin, die es mit jedem Uni-Professor, mit jedem Konzernchef aufnehmen konnte, wie ich 1991 am internationalen Bananenkongress in Zürich mit Bewunderung feststellen konnte.

Lernprozess in Gerechtigkeit

Immer wieder konnte sie Menschen zur Mitarbeit gewinnen (mich zu einer Erkundungsreise nach Grossbritannien, um Kontakte mit neuen Produzenten und Bewegungen zu knüpfen). Sie war gut vernetzt, und wir waren Teil einer Bewegung, die einen Lernprozess in Sachen Gerechtigkeit auslöste. 1980 war Ursula auch mit dabei, als der Verein Migros-Frühling (übrigens im Anschluss an eine Wartensee-Tagung) gegründet wurde. Gefordert wurde u. a. ein fairer Handel mit Produzenten in Entwicklungsländern. Ursula kandidierte, allerdings erfolglos, für den Migros-Verwaltungsrat. Heute sind Max-Havelaar-Bananen längst auch in der Migros angekommen. Als Pionierin des fairen Handels wurde Ursula Brunner 2003 mit dem Preis der Kulturstiftung Landis & Gyr ausgezeichnet. 2014 erhielt sie den «Women's Business Award» von der Hochschule Luzern.

«Hartnäckig & unverfroren» lautete 2013 treffend der Titel der Jubiläumsausstellung zu vierzig Jahren Bananenfrauen in Frauenfeld, an der Ursula noch sehr aktiv mitgearbeitet hat. Bis zuletzt blieb sie kritisch: Fairer Handel dürfe nicht zum Lifestyle werden, der unser Gewissen beruhige; er bleibe nur glaubwürdig, wenn er ausbeuterische Verhältnisse immer wieder neu an der Wurzel anpacke und zu radikalen Veränderungen in der Wirtschaft und im Bewusstsein der Menschen führe.

Engagiert für den Frieden

1982 fand in Frauenfeld eine grosse Wehrschau der Armee statt. Die Bananenarbeit hatte Ursula Brunners Sicht auf die Welt verändert: Für die bürgerliche Pfarrfrau bestand jetzt ein Zusammenhang «zwischen den Waffen bei uns, die letztlich unseren Wohlstand und Besitz verteidigen müssen, und der Angst und Bedrohung, der Besitzlosigkeit jener Menschen, denen ich in den Armenvierteln und Monokulturplantagen begegnet bin». Ursula, aktiv bei den *Frauen für den Frieden*, beteiligte sich am Friedenscamp und den gewaltfreien Aktionen gegen die Wehrschau. Das löste heftige Reaktionen aus. 1972 war sie als erste Frau in den Thurgauer Grossen Rat gewählt worden, als Mitglied der FDP. 1984 wurde sie nicht mehr zur Wiederwahl aufgestellt, nachdem die Partei sie zuerst aus der Partei ausschliessen wollte, was die Basis aber verhinderte.

Matthias Hui nannte Ursula Brunner in seiner Rede an der Trauerfeier in Frauenfeld eine Befreiungstheologin. Sie habe alles im Licht ihres starken und in der Bibel verwurzelten Glaubens gesehen. Befreiungstheologinnen und -theologen gehen hin und sehen, wie es den Menschen an den Rändern wirklich geht, und handeln dann. Niederlagen, Verletzungen und Zweifel, auch an sich selbst, wusste sie in ihrem christlichen Glauben aufgehoben: «Jeder Schritt in ein konkretes Handeln ist ein Schritt gegen die Resignation. Wir haben das tausendfach erlebt. (...) Gerechtigkeit ist die Vision, die ich mit mir getragen habe. Wenn die Reichen den Armen immer wieder nehmen, was ihnen gehören würde, ist dies nicht in Ordnung. Ich will den Glauben nicht aufgeben, dass Gott möchte, dass es anders ist.» (Ursula Brunner in *Neue Wege* 12/2013). Ursula Brunner hat mit ihrem Kampf viele Männer und vor allem Frauen geprägt und ermutigt. Sie hat gezeigt, dass kleine Schritte die Welt tatsächlich verändern können. Wir denken in grosser Dankbarkeit an sie.

Berichtigung

Am Schluss des Beitrages über «Clara Ragaz und ihr Engagement für den Frieden» in der letzten **FRIEDENSZEITUNG** vom März 2017 auf Seite 26 findet sich leider ein Fehler: Die Tochter von Clara, die eine Dissertation über «Die Frau in der Gewerkschaft» schrieb, hiess nicht Gertrud, sondern *Christine*.

20 Jahre Zivildienst

Ein Buch von der Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI gewährt spannende Einblicke in zwanzig Jahre Zivildienst – ins Gestern, Heute und Morgen dieser gesellschaftlich wichtigen Institution.

/ Gregor Szyndler /

Seit Einführung des Zivildienstgesetzes am 1. Oktober 1996 sind Abertausende Zivildiensteinsätze geleistet und mindestens ebenso viele Geschichten geschrieben worden. Nun legt die Vollzugsstelle mit «20 Jahre Zivildienst in Geschichten» einen Überblick über das Gestern, das Heute und das Morgen des Zivildienstes vor. Stichprobenartig wurden Schwerpunkte bei den Jahren 1996, 1998, 2002, 2004, 2007, 2009 und 2014 gesetzt.

Zu jedem dieser Jahre gibt es zwei Texte: einen von der Vollzugsstelle und einen von Leuten, die im selben Einsatzbereich mit Zivildienstleistenden (Zivis) zu tun hatten und haben. Abgedeckt werden verschiedenste Einsatzbereiche, vom Katastrophenschutz und der Alpunterstützung bis hin zum Kulturgüterschutz u.v.m. Abgerundet wird die Textsammlung von vier Essays von ExpertInnen, die sich Gedanken zum Zivildienst von gestern, heute und morgen machen.

Die drei Aufträge des Zivildienstes

Den Auftakt bestreitet Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Im Vorwort verortet er den Zivildienst zwischen Bürgerpflicht und Zivilgesellschaft und betont den hohen Grad der Eigenverantwortung und -initiative jedes Zivi. Die Tatsache, dass statistisch gesehen kaum ein Zivi offene Dienstage am Ende der Dienstpflicht hat, spricht für

die hohe Motivation und Eigenverantwortlichkeit der Zivis. Der Leiter der ZIVI Christoph Hartmann wiederum zeichnet in seinem Text Entstehung und Geschichte des Zivildienstes nach.

Seit 1996 erfüllt der Dienst drei Aufträge: Er löst das Problem der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen, er stellt zivile Dienstleistungen für die Gesellschaft zur Verfügung, und er leistet einen Beitrag zur Sicherheitspolitik. Von Hartmann stammt auch der



wichtigste Satz des Buchs – dazu später mehr.

Win-win-Situation in Altersheimen

Wenden wir uns zuerst den Einsatzberichten und Essays zu. Einer der ersten im Tessin zugelassenen Einsatzbetriebe war das Seniorenheim der Gemeinde Bellinzona. Von seinen bis zur ersten Generation von Zivis zurückreichenden Erfahrungen berichtet Michele Bomio Pacciorini, der Verwalter der Casa Anziani Comunale. Seinen Einblicken steht ein Essay des Soziologen, Altersforschers und Autors François Höpflinger gegenüber. Er widmet sich den hohen Anforderungen, denen sich Altersheim-Zivis stellen müssen.

In den Alterspflegeeinsätzen sieht er einen Gewinn für alle. Die Zivis machen Erfahrungen, die sie ein Leben lang prägen, und die HeimbewohnerInnen fühlen sich verjüngt. Und nicht nur das: «Die Schweiz kann die demographische Alterung ohne Sonderengagement der Zivilgesellschaft letztlich wahrscheinlich kaum bewältigen.» Es werden also die gravierende Personalknappheit und ein gesellschaftliches Problem auf einmal angegangen.

Unwettereinsätze der Zivildienstler

Ein ganz anderes Einsatzgebiet beleuchtet der Bericht zu den Zivi-Einsätzen nach dem Unwetter vom 8. Juni 2007 in Menznau. Hier wird deutlich, wie flexibel und engagiert der Zivildienst auf plötzlich eintretende Probleme reagieren

kann. Es berichtet Samuel Häfner von seinem Einsatz nach dem katastrophalen Unwetter. Er setzte nicht nur Wanderwege wieder instand, sondern erfuhr auch wertvolle menschliche Begegnungen im Dorf: «Die Dorfbevölkerung weiss nun, dass nicht alle Zivis «Linke» sind (oder zumindest nicht mehr), und wir Zivis haben gelernt, dass ein gewisser Konservatismus niemals mit fehlender menschlicher Offenheit gleichgesetzt werden darf.»

Ergänzend dazu steht ein Text von Mauriz

Näf, damals Gemeindeammann von Menznau: «Die Zivis haben bei mir wie bei den Geschädigten einen sehr guten Eindruck hinterlassen. Dank solcher Unterstützung konnte die Gemeinde einfacher über die Folgen der Katastrophe hinwegkommen.»

Auch alte Soldaten gratulieren

Dank solchen Texten, aber auch dank Beiträgen von Karin Jenni («Mit Pickel und Schaufel für den Frieden»), Marius Klinger («Feldarbeit in Nepal») oder Luca Buzzi («40 Jahre Engagement für den Zivildienst») entsteht ein eindrücklich-anschaulicher Überblick über viel mehr als «nur» 20 Jahre Zivildienst. Verdienstvoll ist weiter, dass die

Macher von ZIVI auch das Votum von Oberst iGstaD Jürg Stüssi-Lauterburg berücksichtigt haben. Er knurrt befehls-gewohnt unter seinem Helm hervor, um sich nach dem Zünden einiger Rauch-petarden der Marke Kalter Krieg immerhin zu einem lauwarmen Grusswort Richtung Zivildienst durchzurobben:

«Wenn, wie ich mich selbst wiederholt persönlich überzeugt habe, dieser Ersatzdienst tatsächlich ‹für die Erfüllung wichtiger Aufgaben der Gemeinschaft› geleistet wird, gibt es keinen Grund, weshalb nicht auch ein alter Soldat dem zivilen Ersatzdienst eine lange und erfolgreiche Zukunft wünschen kann.» Ja, wenn dem denn schon so ist, dann hat auch der ausgemusterte Zivi (Restdiensttage: 0) dem nichts hinzuzufügen. Doch Spass beiseite: Es ist schon wichtig, zu wissen, wie die Gegner des Zivildienstes denken. Darum ist es ja auch so wichtig, einen solchen Beitrag in diesem Buch zu lesen.

Alles andere als selbstverständlich

Das Buch zum 20-Jahre-Jubiläum ist eine anregende Lektüre und es füllt eine Lücke, da es nebst der im Jahr 2006 von der damaligen ‹gesellschaft schweizer zivildienstleistender› herausgegebenen Monografie ‹Zivildienst – ein Zeitzeuge› nur wenige Abhandlungen zu diesem Thema gibt. ‹20 Jahre Zivildienst in Geschichten› zeigt die Vielfalt der von Zivis täglich an der Gesellschaft geleisteten Dienste. Durch die Mischung von Zivi-Einsatzberichten, der Sichtweise von Einsatzbetrieben und jener von WissenschaftlerInnen entsteht ein profund der Einblick in ein ebenso komplexes wie lebendiges Feld.

Und wie war das nochmal mit dem wichtigsten Satz des ganzen Buchs? Wie gesagt, stammt er von Christoph Hartmann und lautet: ‹Es ist nicht selbstverständlich, dass der Zivildienst 1996 entstand, und ebenso wenig, dass er bis heute Bestand hat.› Das kann man gar nicht gross genug schreiben.

Gregor Szyndler ist Mitarbeiter der Zivi-Zeitung ‹Le Monde Civil›. **20 Jahre Zivildienst in Geschichten**, das Buch der Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI, hat 192 Seiten und ist für 20 Franken unter www.bundespublikationen.admin.ch erhältlich.



7. Gross-Friedens-Singen La Paz Cantamos am 16. September 2017 in Bern

Bereits zum siebten Mal werden jung und alt auch dieses Jahr zum Herbstbeginn ein fröhlich-besinnliches Singmeer auf dem Berner Münsterplatz bilden. Bei den sechs bisherigen Friedens-Gross-Singen brachten jeweils an die 1000 Frauen, Männer und Kinder den Platz zum Klingen und erlebten die verbindende Wirkung des gemeinsamen Singens. Belebtere Lieder liessen die Freude spüren, langsamere luden zu Besinnlichkeit und Meditation ein. Das Besondere an diesem Anlass ist, dass er ausser einem kleinen Podest ohne jegliche Infrastruktur, auch ohne Verstärkung auskommt. Das auf diese Weise weltweit einmalige Gross-Singen, organisiert vom gemeinnützigen Verein *StimmVolk.ch*, lässt die Kraft des Friedens in sich und in der Gemeinschaft erfahren.

Wie jedes Jahr werden neben bereits bewährten Liedern aus verschiedenen Kulturen unserer Erde auch neue gesungen. Wieder wird der vom traditionellen Alpsegen inspirierte Stadtruf vom Münster herab erklingen – im Wechsel mit Naturjodelklängen als Antwort vom Münsterplatz hoch in den Himmel. Die neun selbstgemalten Regenbogenfahnen werden zum fünften Mal das gemeinsame Singen mittragen und den Platz noch farbiger machen. Gesungene Friedens- und Alltagskunst, Community Art!

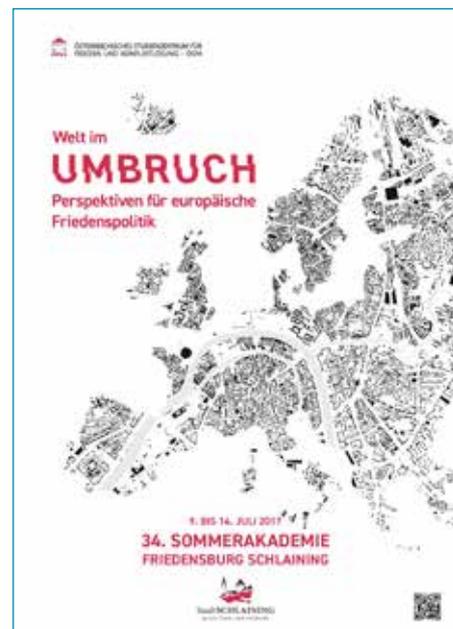
StimmVolk.ch ist ein innovatives Singkultur- und Friedensprojekt mit dem Leitmotiv ‹Singend Brücken bauen› – die verbindende Kraft des gemeinsamen Singens erleben, leistungsfrei und lustvoll, und dabei auf kreative und kon-

struktive Weise Gesellschaft mitgestalten. Regionale Singgruppen an bereits dreissig Orten in der Schweiz sind mit dem Projekt verbunden. Auf der Website finden sich über 90 Lieder mit Texten und Hörproben von Einzelstimmen sowie Friedenswegweiser mit Zitaten, Geschichten, Positivnachrichten und Inspirationen. www.stimmvolk.ch.

12.30 – 14.15 Uhr

Gemeinsame Einstimmung und Singen aller Lieder in der Heiliggeistkirche beim Hauptbahnhof Bern (Ankommen ab 12.00h).

15.30 – 16.45 Uhr: *Cantellón / Gross-Friedens-Singen* auf dem Münsterplatz



Die neu eröffneten Friedens-Station

Am 25. März 2017 wurde mit einem Festakt in der Kirche Wolfhalden AR der Themenweg *Friedens-Stationen* im Appenzeller Vorderland eröffnet. Im Gedenken an neun Persönlichkeiten, die durch ihre Zivilcourage und ihr Engagement über die Region hinaus wirkten, hat der Verein «Dunant2010plus» neun Zeichen, sogenannte Stationen, gesetzt, die auf einer Wanderung erkundet werden können. Wir bringen die leicht gekürzte Ansprache des ausserrhodischen Landammanns (Regierungspräsident) Matthias Weishaupt an diesem Anlass.

/ Matthias Weishaupt /

Was zählt, ist der Mensch: Gemeinsam sind wir heute im Appenzeller Vorderland gewandert – in einer eigentlichen Friedensregion mit weltweiter Ausstrahlung. Gemeinsam gedenken wir heute bei den neu eingeweihten Friedens-Stationen aussergewöhnlicher Ereignisse und Persönlichkeiten – Leuchttürme und Lichtgestalten der Humanität. Wir begeben uns auf den Weg und reihen uns damit ein in eine lange Tradition des gemeinsamen Marschierens für den Frieden: eine Tradition, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang nahm mit den Ostermärschen als symbolische Höhepunkte der neuen Friedensbewegung; eine Tradition, die in den nächsten Wochen mit den Oster- und Friedensmärschen in der Schweiz und in ganz Europa ihre Fortsetzung finden wird.

Lichtgestalten der Humanität

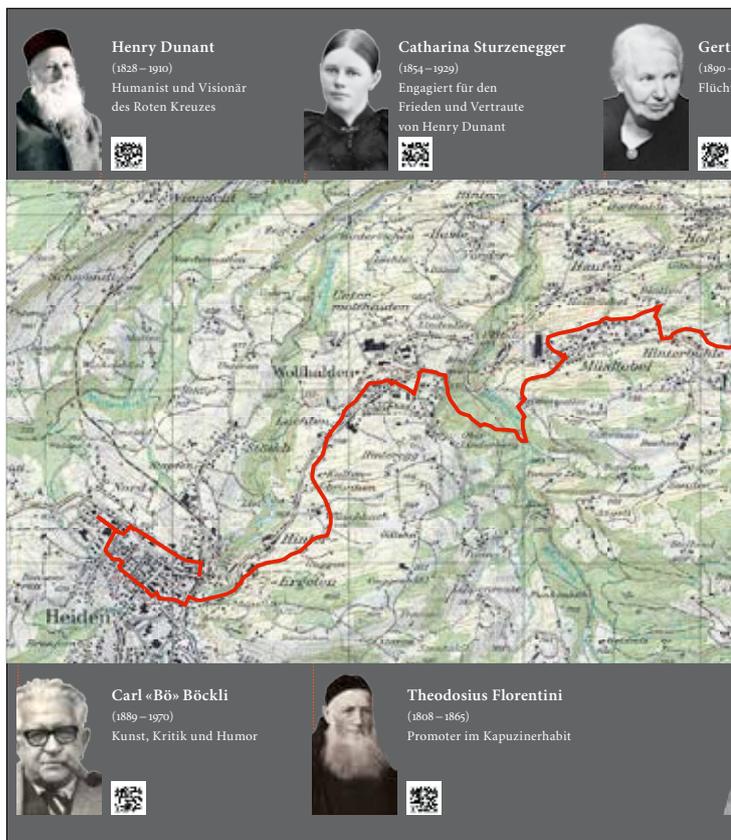
Der Weg von Walzenhausen nach Wolfhalden lädt ein zum Gedenken bei den

neun Friedens-Stationen von: Jakob Künzler (1871–1949), Carl Lutz (1895–1975), Willi Kobe (1899–1995) und Margrit Besmer (1934–1995), Paul Vogt (1900–1984), Gertrud Kurz (1890–1972), Catharina Sturzenegger (1854–1929). Der Weg führt weiter von Wolfhalden nach Heiden zu den Friedens-Stationen von Theodosius Florentini (1808–1865), Carl Böckli (1889–1970), Henry Dunant (1828–1919). Bei der elften Friedens-Station, in Heiden, neben dem Henry-Dunant-Museum, mahnt uns die Friedensglocke von Nagasaki, gemeinsam für eine atomwaffenfreie Zukunft und für den weltweiten Frieden einzustehen.

Die mit den Friedens-Stationen geehrten Persönlichkeiten sind wahre Lichtgestalten der Humanität. Sie haben ihren Teil geknüpft am Netz der humanitären Tradition der Schweiz. Sie waren – gemeinsam mit vielen anderen Persönlichkeiten – mit dafür besorgt, dass dieses Netz bis heute trägt. Ihre Biografien sind aussergewöhnlich, ihr Lebenswerk und ihre Taten ausserordentlich. Sie sind uns bekannt als Flüchtlingspfarrer, Retter von 60'000 Juden, Vater der Armenier, Flüchtlingsmutter oder Rot-Kreuz-Gründer und IKRK-Gesandte.

Der Mensch zählt

Was ist diesen – und anderen – Lichtgestalten der Humanität gemeinsam? Warum strahlen sie alle weit über ihr Lebensende hinaus und weisen auch künftigen Generationen den Weg? Nun: Ihr Denken und Handeln war und ist geleitet von diesem einen Grundsatz: Was zählt, ist der



Mensch. Sie erkennen die Not von Menschen und die sozialen Herausforderungen ihrer Zeit oft lange vor der Politik. Sie beobachten, wo und wie die Menschlichkeit verletzt wird. Sie erheben ihre Stimme gegen das Unrecht. Sie handeln.

Jakob Künzler und Elisabeth Künzler (1876–1968) sollen hier beispielhaft für alle geehrten Persönlichkeiten erwähnt werden: Als Augenzeugen des Völkermords an den Armeniern haben sie genau hingeschaut und das Unfassbare dokumentiert. Mit ihren Berichten über systematische Deportationen, Vertreibung und Vernichtung haben sie an die Weltgesellschaft appelliert. Mit ihrem persönlichem Einsatz vor Ort haben sie für unzählige Menschen Hilfe zum Überleben organisiert. Und sie haben ihnen darüber hinaus Bildung und damit Zukunft ermöglicht.

Mit klarem Kopf und sicherer Hand

Alle Lichtgestalten der Humanität zeichnen sich aus durch einen bedingungslosen Einsatz zugunsten jener Menschen, für die sich zur Zeit gerade



en im Appenzellerland

Jakob Künzler
(1871 – 1949)
Der Vater der Armenier

Carl Lutz
(1895 – 1975)
Zwischen Zivilcourage
und Gesetzesübertretung

Paul Vogt
(1900 – 1984)
Flüchtlingspfarrer

Margrit Besmer (1934 – 1995) und
Willi Kobe (1899 – 1995)
Gemeinsam engagiert für Frieden
und Menschenrechte

friedens-stationen.ch

niemand zuständig fühlt; insbesondere auch für Menschen, die in den Augen einer Mehrheit vermeintlich nicht dazugehören. Die klare Anwaltschaft für die Menschlichkeit erfolgt nicht selten auch im Widerstand gegen die offizielle Politik und gegen die öffentliche Mehrheitsmeinung. Das Wirken dieser Persönlichkeiten ist radikal humanitär und mitunter ausserhalb der Norm.

Humanitär engagierte Menschen fühlen sich zutiefst verpflichtet zu tun, was recht und notwendig ist. Sie können uns Vorbild sein – in humanitären Krisen, aber auch in unserem ganz gewöhnlichen Alltag: mit klarem Kopf, offenem Herz und sicherer Hand handeln; sich auch von widrigen Umständen nicht einschüchtern lassen; nicht müde werden, den Appell an die Menschlichkeit zu wiederholen; Zivilcourage zeigen; mit Glaubwürdigkeit, Offenheit, Grosszügigkeit und Mut überzeugen.

Menschlichkeit auf dem Prüfstand

Die Menschlichkeit steht vielerorts auf dem Prüfstand. Die heutigen Krisen,

deren Tragweite wir oft nur erahnen können, gehen alle etwas an. Sie ereignen sich mitten in der Weltgesellschaft – einer Weltgesellschaft, zu der wir gehören, der wir uns nicht entziehen können und der wir Sorge tragen müssen. Die Herausforderungen an die Friedensarbeit, die Herausforderungen an das humanitäre Wirken vor Ort haben sich gewandelt. Es gibt heute ganze Regionen, die instabil und von Gewalt geprägt sind: Irak, Syrien, Jemen, die Ukraine, das Horn von Afrika oder der Sahel.

In diesen Ländern und Regionen kommt humanitäres Recht nicht zur Anwendung, die Menschen bewegen sich in rechtsfreien

fragilen Räumen. Fragile Staaten sind unfähig, Grundversorgung und Sicherheit zu gewährleisten. Aktuell gelten 40 Staaten als fragil; 1,5 Milliarden Menschen – vielfach die ärmsten der Welt – leben in fragilen Gesellschaften. Hier hat das Recht einen schwachen Stand. Dafür grassieren Korruption und organisiertes Verbrechen. Die Bevölkerung leidet unter Armut und politischer Willkür. In bewaffneten Konflikten gerät vermehrt die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten. Kindersoldaten werden dazu gezwungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Vielerorts prägen Unfreiheit, Gewalt und Vergewaltigung das tägliche Leben. Es ist ein Leben, das keinen Frieden kennt.

Hinzu kommen Hunger und Mangel an Trinkwasser – eine besonders subtile Form von Gewalt. Die Welt steht gemäss UNO vor der grössten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg. Immer mehr Menschen werden aufgrund Natur- oder Umweltkatastrophen in die Flucht getrieben. Dürren, Überflutungen, Orkane und Erdbeben

vertreiben heute einen Menschen pro Sekunde; jährlich sind dies 25 Millionen Menschen. Viele finden im eigenen Land vorübergehend Schutz, andere müssen ins Ausland flüchten.

Internationaler Rechtsschutz

Solche erzwungenen Migrationsbewegungen werden in Zukunft durch den Klimawandel noch verstärkt. Allein auf dem afrikanischen Kontinent droht 20 Millionen Menschen der Hungertod. Fehlende Rechtsstaatlichkeit, Konflikte, Gewalt und Hunger – alles kommt zusammen. Diese Katastrophe ereilt die Welt nicht aus heiterem Himmel, sondern hat sich schon seit Längerem angekündigt. Die Ursachen von Gewalt und Hunger sind politischer Natur.

Menschen aber, welche aufgrund von Naturkatastrophen vertrieben werden, sind besonders gefährdet, weil die Flüchtlingskonvention von 1951 diese Form der Vertreibung nicht schützt. Vor diesem Hintergrund hat die Schweiz gemeinsam mit Norwegen die Nansen-Initiative lanciert. Es ist eine vordringliche Aufgabe, auch diesen Menschen internationalen Rechtsschutz zu gewähren. Hier gilt es anzusetzen mit der verbindlichen Forderung nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte. Und zwar überall auf der Welt.

65 Millionen Menschen auf der Flucht

Korruption, Gewalt, Krieg, Hunger und eine zerstörte Umwelt haben so viele Menschen aus ihrer Heimat vertrieben wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Heute sind 65 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon Kinder. Sie sind von einem Tag auf den anderen nirgends mehr zu Hause, lassen alles zurück, sind oft jahrelang auf der Flucht. Sie sind in Gefahr, an Körper und Seele verletzt, ihrer Grundrechte beraubt und in ihrer Integrität bedroht. Die Flucht bleibt für viele dieser 65 Millionen Menschen beinahe ohne Ende.

Heute sind Menschen zehn, zwanzig Jahre unterwegs, vertrieben und nie angekommen, in ständiger Unsicherheit und Angst. Erwachsene werden entwurzelt, Kinder und Jugendliche können nie Wurzeln schlagen. Begriffe wie Heimat oder Zuhause sein kennen sie nicht und haben für sie keinen Ort. Damit gibt es auch kein Zurück. – Wohin denn auch, wenn es doch kein Woher gibt. Die wenigen unter diesen 65 Millionen Men-

Fortsetzung Seite 18



Fortsetzung von Seite 17

schen, die den Weg zu uns in die Schweiz geschafft haben, erleben weitere lange Phasen der Unsicherheit und Angst. Rufen wir uns in Erinnerung: Die Angst der Asyl und Schutz suchenden Menschen ist existenziell. Es ist die Angst, den täglichen Existenzkampf zu verlieren.

Rütteln an den Grundfesten

Diese Angst ist unvergleichlich grösser als jede Angst vor den Fremden, die bei uns umgeht. Diese sogenannte Fremdenangst ist oft geschürt. Es ist die Angst davor, Wohlstand mit Fremden teilen zu müssen, etwas von der eigenen Identität zu verlieren. Mit diesen Ängsten wird gerade heute wieder vermehrt Politik gemacht. Nicht nur der Wahlkampf in verschiedenen Ländern Europas zeigt dies in erschreckender Deutlichkeit. Wer mit Fremdenfeindlichkeit mobilisiert und das Wutbürgertum gegen die Zivilgesellschaft in Stellung bringt, rüttelt an den Grundfesten unseres humanitären, demokratisch verfassten Staates. Dagegen müssen wir unsere Stimme erheben.

Neutralität zu Ende denken

Die Neutralität ist ein zentraler Grundsatz der schweizerischen Aussenpolitik. Sie trägt bei zum Frieden und zur Sicherheit in der Welt und dient gleichzeitig der Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Aber: Ist unser Verständnis von Neutralität zu Ende gedacht? Das Neutralitätsrecht gemäss Haager Abkommen von 1907 schreibt unter anderem vor, «alle Kriegsparteien im

Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern gleich zu behandeln». Hier setze ich ein grosses Fragezeichen: Neutrale Gleichbehandlung von Kriegsparteien mit dem Ziel, blutiges Geld zu verdienen?

Tagtäglich wird in der Schweiz mit Krieg und bewaffneten Konflikten viel Geld gemacht: mit der Herstellung von Kriegsmaterial und mit Waffenexporten. Daneben finanziert die Schweiz die Produktion von Kriegsmaterial im Ausland und investiert in Rüstungsfirmen. Wir erinnern uns: Vor gut einem Jahr hat der Bundesrat das Moratorium für Rüstungsexporte in die Golfregion aufgehoben und damit millionenschwere Aufträge deblockiert – zugunsten der hiesigen Wirtschaft, zum Schaden der Menschen vor Ort. Eine Neutralität, die dem Frieden verpflichtet ist, darf keine Geschäfte mit dem Krieg machen. Hier muss die Schweiz mit einer explizit humanitär definierten Neutralität ein Zeichen der Menschlichkeit setzen.

Was können wir tun?

Ich nenne nur drei mögliche Handlungsfelder. Erstens: Wir haben schon bald Gelegenheit, einen aktiven Beitrag für mehr Frieden zu leisten. Wir können die Kriegsgeschäfte-Initiative unterzeichnen – und uns für ihre Umsetzung stark machen. Die Initiative sieht ein generelles Verbot für Geschäfte mit dem Krieg vor. Die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten durch Pensionskassen, die Schweizerische Nationalbank sowie Stiftungen muss gestoppt werden. Der Bund soll beauftragt werden, ein Finanzierungsverbot für Banken und Versi-

cherungen voranzutreiben. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Setzen wir mit unserer Unterschrift ein erstes Zeichen.

Zweitens: Zivile Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten sind viel zu wenig bekannt, geschweige denn institutionalisiert. Stichworte sind: Vermittlung und Mediation. Sowohl bei der Früherkennung von Konflikten und der Gewaltprävention wie auch bei der Beilegung und Überwindung von Konfliktursachen braucht es weltweit viel mehr Ressourcen, vor allem auch finanzielle Mittel. Die Schweiz könnte – zusammen mit den skandinavischen Staaten – vorausgehen. Möglich ist dies mit einer entscheidenden Akzentverschiebung bei den nationalen Rüstungsausgaben zugunsten von Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung.

Mutiges Handeln gefordert

Drittens: Migration – vor allem auch erzwungene Migration – gehört zu unserer Zeit und zu unserer Gesellschaft. Gerade im Zusammenleben mit vertriebenen und Asyl suchenden Menschen müssen wir uns auf Austausch – nicht auf Abschottung – einstellen. Begegnung schafft Verständnis für die Situation der Schutzsuchenden. Freiwilliges Engagement kann im Kleinen Grosses tun. Mit tatkräftiger Unterstützung von Freiwilligen gelingt es den neu Angekommenen eher, den fremden Alltag zu bewältigen, unsere Sprache zu lernen, Behördengänge zu erledigen, den öffentlichen Verkehr zu nutzen, sich über Schule, Bildungssystem und Arbeitsmarkt in der Schweiz zu informieren.

An der öffentlichen Hand ist es, für angemessene Unterbringung und Betreuung zu sorgen sowie allen Einwohnerinnen und Einwohnern – egal, ob sie seit Langem oder erst neu, ob sie vorübergehend oder dauerhaft in der Schweiz sind – klarzumachen, dass für alle die gleichen Rechte und Pflichten gelten. Nur wenn dieser Grundsatz respektiert wird, kann das Zusammenleben mit mehr Menschlichkeit gelingen.

Der Einsatz für Frieden, Humanität und sozialen Zusammenhalt – in der Welt und hier vor Ort – erfordert einen langen Atem, eine aufrichtige Haltung sowie eine gradlinige Ausrichtung an Werten der Menschlichkeit. Die Arbeit am Weltfrieden verlangt tagtäglich mutiges Handeln. Wenn wir diesen Weg auch morgen gemeinsam gehen, kommen wir dem Ziel ein Stück näher.

Der Wanderweg zu den Appenzeller Friedens-Stationen

Der Weg. Der Wanderweg der Appenzeller Vorderländer Friedens-Stationen kann entweder in Walzenhausen oder Heiden begonnen werden. Er dauert etwa drei Stunden, ist auch für Familien bestens geeignet, nach dem kleinen Aufstieg beim künftigen Ausserrhoder Asylzentrum «Sonneblick» verläuft der Weg auf der Höhe mit meist überwältigendem Ausblick auf den Bodensee. Der Weg kreuzt öfters andere Appenzeller Wanderwege, so den bekannten Witzweg, ist gut geschildert (siehe grünes Symbol auf dem Bild ganz unten).

Anreise. Am besten fährt man von St. Gallen ins Rheintal bis Rheineck, dort führt ein pittoreskes Bähnchen hinauf nach Walzenhausen. Man kann auch in Heiden beginnen, z.B. mit dem Besuch des dortigen Dunant-Museums. Ein Postauto fährt direkt von St. Gallen nach Heiden.

Die Wanderung. Am Bahnhof Walzenhausen zeigt der Wegweiser zum Beginn der Friedens-Stationen an der Kirche. Dort findet man die ersten drei Stationen-Blöcke von Jakob Künzler, Carl Lutz und Paul Vogt. Der Weg führt weiter zum Friedhof hinauf, wo Margrit Besmer und Willi Kobe ruhen sowie Paul Vogt.

Unweit davon wandert man am «Sonneblick» vorbei, der von Paul Vogt 1933 als Arbeitslosenprojekt initiiert wurde, und bald schon und bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs als Flüchtlingsheim diente. Nun soll es ein kantonales Asylzugangszentrum werden. Der Weg über dem Rheintal ist wirklich leicht zu gehen. Bei Wolfhalden findet man dann den ersten Friedentisch (der zweite befindet sich bei der Posthaltestation in Heiden). Endpunkt des Weges ist das Henry-Dunant-Museum in Heiden mit der Friedensglocke von Nagasaki. Es lohnt sich, einen Blick ins Museum zu werfen, es ist klein und fein.

Die Ausrüstung. Selbstverständlich sind gute Schuhe Pflicht, auch ein biss-

chen Verpflegung kann nicht schaden, doch laden hier und da auch währschaftige Appenzeller Beizen zum Halt ein. Ein Plus ist die gute Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr, fast überall liegen Postauto-Haltestellen nahe am Weg. Wie heute empfohlen sollte man unterwegs auf den Weiden die Mutterkühe mit ihren Kälbern nicht provozieren (diese Weiden sind ausgeschildert), Hunde gehören da angeleint.

Der Flyer und die Website. Die Beschilderung ist sehr gut, man braucht also nicht unbedingt eine Wanderkarte. Es empfiehlt sich aber, zwecks Übersicht, sich den Flyer der Friedens-Stationen mit allen Angaben zu beschaffen. Er ist zurzeit fast vergriffen (wenn Sie ein Mail an info@friedensrat.ch senden, erhalten

www.friedens-stationen.ch informieren, dort sind vor allem vertiefte Informationen über die neun Persönlichkeiten abrufbar. Dieselben Infos kann man per QR-Code an jedem Friedenswürfel direkt abrufen.

Der Verein. Der Verein, der 2010 erfolgreich das Dunant-Jubiläum organisierte, wird unter dem Namen *Verein Dunant2010plus* weitergeführt und konzentriert sich auf Anlässe, Seminare, Konferenzen, Publikationen und andere Aktivitäten. Ihm gehören initiative Einzelpersonen an, und er wird vom Kanton Appenzell-Ausserrhoden, der Gemeinde Heiden, dem dortigen Historischen Museum und dem Henry-Dunant-Museum sowie KidsCross unterstützt.



Geführte Wanderungen.

Der Verein bietet auch geführte Wanderungen zu den Stationen an. Anfragen bitte direkt an den Präsidenten Hansjörg Ritter, Telefon 071 891 57 07 / 079 406 83 80, info@dunant2010plus.ch. Nächste öffentliche Termine:

Krieg im Paradies. Sonntag, 11. Juni 2017, 14.10 Uhr. Besammlung Kirche Walzenhausen um 14.00 Uhr. Ziel: Geburtshaus von Gertrud Kurz in Haufen, Lutzenberg. Dau-

er: 2½ Stunden. Sie einen von uns). Selbstverständlich können Sie sich auch über die Website

er: 2½ Stunden.

Wanderung von Heiden nach Walzenhausen. Mittwoch, 13. September 2017, 14.00 Uhr. Besammlung: Dunant-Platz in Heiden (Denkmal). Ziel: Bahnhof Walzenhausen. Dauer: 3½ Stunden. Beide Wanderungen werden von Martin Engler und Andreas Ennulat geleitet.

Pflanzung einer Linde bei der Station Gertrud Kurz. Samstag, 28. Oktober 2017. Vereinigung Appenzeller Wanderwege. Details folgen später auf www.friedens-stationen.ch. (pw)

Verein Dunant 2010 plus



friedens-stationen.ch

Bild linke Seite: Der Friedentisch im Hinterbüeli bei Wolfhalden. **Bild unten Seite 16:** Der Friedenswürfel über die Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz. Fotos: Virpi Luoma.

Engagiert, vorbildlich

Am 19. Mai 2017 versammeln sich auf dem Friedhof Bülach die Kinder, Enkel und Urenkel von Friedi Weber, junge und alte Leute von Bülach, die Heilsarmee, drei Vorstandsmitglieder der Religiös-Sozialisten (Resos), Pflegepersonal des Altersheims Grampen. Pfarrer Jürg Spielmann liest ab Blindenschrift Psalme, er hat Friedi Weber persönlich gekannt, die Heilsarmee Musik spielt zwei Lieder, wir beten gemeinsam das Unser Vater. Traurig aber dankbar nehmen wir Abschied von einer einzigartigen, vorbildlichen Frau.

/ Hanna Goette /

Dann gehen wir alle hinüber in die Kirche, die schon zur Hälfte besetzt ist. Die Kirchenorgel begleitet den Gemeindegesang von Friedis Lieblingsliedern aus dem Kirchengesangbuch. Die beiden Töchter von Friedi lesen den Lebenslauf vor und zitieren dabei Friedi selber: «Gottes Wort, Kinder, Blumen, Berge und Musik waren mir das Wichtigste und sind es heute noch! In den Rucksack gehört die Bibel wie das Essen! Man lernt immer aus der Bibel, sie macht stark, sie ist gut für das Gemüt und die Seele in Freud und Leid und erst noch kostenlos... nur die Zeit muss man sich nehmen dafür. Sie ist die beste Medizin.

Jeden Sonntagmorgen gehe ich zur Predigt, das stärkt mich für die ganze Woche. Anschliessend fahre ich bei schönem Wetter mit dem GA in die Berge. Wenn der Zug still steht an den Stationen oder im Tunnel fährt, nutze ich die Zeit zum Lesen. Sonst betrachte und geniesse ich die Landschaft und freue mich an Gottes Natur. Dann bin ich wieder gestärkt für die ganze Arbeitswoche. Ich danke jeden Morgen Gott, dass ich aufstehen und meine Sache machen kann.

Arbeit als Hausangestellte

Geboren bin ich am 21. Oktober 1922 im kleinen Bauerndörflein Zweidlen bei Glattfelden. Wir bewirtschafteten ein kleines Bauerngütlein, der Vater arbeitete daneben noch in der Weberei. Meine Eltern waren dankbare, gläubige Leute, mit wenig Geld waren wir glücklich und zufrieden. Nach dem Umzug nach Bülach 1929 folgte die 8-jährige Schulzeit. Eine

Berufslehre war in den Folgejahren der Weltwirtschaftskrise nicht möglich, ich ging in eine Familie mit Kindern, dienen nannte man damals die Arbeit als Hausangestellte. 1940 zog ich für drei Jahre nach Interlaken, durch eine Familie lernte ich die Heilsarmee kennen und wurde dort aktiv. Wir sangen in den Hotels, in den Restaurants bis Mitternacht, dann fuhren wir mit den Velos nach Lauterbrunnen, von dort wanderten wir auf die kleine Scheidegg. An allen Orten hielten wir Kurzpredigten, und die Gitarrenbrigade und das Musikkorps spielten.



Ich erinnere mich an wunderbare Sonnenaufgänge in diesen Bergen, es ist wie im Himmel, wie im Paradies! Hier bekam ich einen unerschütterlichen Halt für das ganze Leben, diese Heilsarmee-Erlebnisse tragen mich bis heute durch Freud und Leid, besonders als einer meiner vier Söhne im Jahr 2002 mit dem Gleitschirm tödlich verunglückte.

1947 lernte ich Franz Weber kennen, der seit Jahren am Gartenhof bei Leonhard Ragaz ein und aus ging. Nach der Hiobsbotschaft von Gandhis Tod trafen wir uns regelmässig bei Hansheiri Zürcher zu Vorträgen und Diskussionen über Friedensarbeit, die Organisation Religiöser Sozialismus war für mich eine neue Richtung des Glaubens, die mich voll überzeugte und mein bisheriges Glaubensfundament stärkte.

An Anti-AKW-Demonstrationen

Franz Weber und ich wurden Eltern von sechs Kindern. Als fünf unserer Kinder ausgeflogen waren, kamen jeweils im Sommer mehrere Kinder von der Akti-

on Dienst am Bruder zu uns in die Ferien. Heute heisst es Kovive. Während acht Jahren kamen jeden Sommer die gleichen Kinder, mit ihnen wanderte ich von Jugendherberge zu Jugendherberge, am Abend kochten wir gemeinsam, wir trugen die Schlafsäcke mit. Wenn in Bülach eine Mutter krank war oder ein Kind gebar, telefonierte mir die Gemeindehelferin der reformierten Kirche, ob ich die Kinder dieser Familie bei mir aufnehmen könne, manchmal gleich für mehrere Wochen. Ich sagte nie nein, ich bin eine Praktikerin!

Mit meiner grossen Familie, den Ferienkindern und den Gastkindern blieb mir wenig Zeit für Politik, jedoch zu den Versammlungen im Gartenhof und an die Anti-AKW-Demos nach Gösigen ging ich, das war mir wichtig. Seit 1971 stimme und wähle ich immer. Die Einführung der AHV war ein grosses Glück. Seitdem ich mit dem Kindersportwagen als Gehhilfe unterwegs bin, holt mich die Heilsarmee am Sonntag für den Gottesdienst ab. Ich bin traurig über den Weltzustand. Die Leute hier werfen so viel Brauchbares gedankenlos fort, in andern Ländern fehlt das Nötigste. Am meisten beschäftigt mich, was alles in den Containern der Lebensmittelgeschäfte landet. Zum Glück gibt es den Verein Tischlein deck dich! Diese Organisation sollte schweizweit überall tätig sein.»

Die letzten Tage

Der Heilsarmee-Chor singt ganz fein zwei Lieder. Ein Enkel und seine Partnerin spielen Akkordeon und Geige, wunderbare, berührende Melodien. «Der Glaube ist nicht in Stein gemeisselt, er verändert sich, entwickelt sich, wird angefochten», das hörte Pfarrer Spielmann bei einem seiner Besuche im Altersheim Grampen von Friedi. Wenige Tage vor ihrem Tod fragte Friedi eine Pflegerin, ob Gott die Himmelstüre aufmachen werde, wenn sie anklopfe? Die Pflegerin antwortete: «Wenn Gott für Friedi Weber die Himmelstüre nicht aufmacht, dann ist er in sehr kleiner Gesellschaft!» In den letzten Wochen ihres Lebens hatte Friedi nur noch wenig Appetit, sie sagte zur Pflegerin: «Gebt dieses feine Essen den Flüchtlingen.»

Bild rechts: 1993, der Friedensnobelpreisträger und südafrikanische Staatspräsident Nelson Mandela bedankt sich bei Pfarrer Paul Rutishauser für den «good job», den er als Präsident der Schweizer Anti-Apartheid-Bewegung geleistet hat. In der Bildmitte: Mandelas Frau Winnie. Bild: Archiv Rutishauser.

Kämpfer für Gerechtigkeit

Eine grosse Trauergemeinde nahm am 16. Mai in der evangelischen Kirche in Kreuzlingen Abschied von Pfarrer Paul Rutishauser, einem Kämpfer für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frieden, einem kritischen Theologen und Zeitgenossen, einem engagierten Missionar, Seelsorger, Pfarrer und Kirchenrat, der am 4. Mai im Alter von 81 Jahren gestorben ist.

/ Arne Engeli /

Paul Rutishauser wurde 1935 in Romanshorn geboren. 1955 schloss er seine Schulzeit in Frauenfeld mit der A-Matur ab. Sein Berufswunsch war, Physik zu studieren. Aber er trug seit dem Konfirmandenunterricht ein grosses Vorbild in sich: einen Missionar der Basler Mission. In Basel empfahl man ihm, Theologie zu studieren. 1960 wurde er als Pfarrer in Frauenfeld ordiniert. Dann besuchte er zusammen mit seiner Verlobten, Christiane Vetter, Sekundarlehrerin, den Erstausrreisenden-Kurs der Mission in Basel. Nach der Hochzeit folgten weitere Studien in London und Edinburgh. Sein erstes Berufsfeld fand er mit seiner Frau und wachsenden Familie in Ghana/Westafrika, wo er von 1962 bis 1970 als theologischer Lehrer am Seminar Abetifi und als Leiter des Laienbildungszentrums wirkte.

In der Schweiz bot sich dem Heimkehrer eine Doppelaufgabe, die ihn sehr lockte: Pfarrer in der Kirchgemeinde Horn und teilzeitlicher theologischer Mitarbeiter an der Heimstätte Schloss Wartensee, Rorschacherberg. Er liebte seine Arbeit in der Gemeinde und ebenso die Wochenenden in Wartensee. Im Tagungszentrum Wartensee engagierte sich Paul Rutishauser von 1971 bis 1991 gleich in drei Bereichen: Gerechtigkeit und Frieden, Christliche Lebensgestaltung, Schicksalsgruppen. Die allererste Tagung galt dem Anti-Rassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen und der Apartheid in Südafrika.

Präsident Anti-Apartheid-Bewegung

Als 1974 die Anti-Apartheid-Bewegung der deutschen Schweiz AAB gegründet wurde, übernahm er das Präsidium. Da sich die Schweizer Regierung dem

Boycott vieler Länder nicht anschloss, rief die AAB dazu auf, keine südafrikanischen Früchte zu kaufen und nicht mit Banken zu verkehren, die mit dem Regime in Südafrika Geschäfte machten. Er selber reiste 1981 nach Südafrika, um sich dort während seines Studienurlaubes in der kirchlichen Laienausbildung zu engagieren. Kurz vor dem geplanten Ende wurde er des Landes verwiesen.

Der weltweite Wirtschaftsboykott zwang schliesslich das Apartheidregime in die Knie. Es muss ein überwältigender Moment gewesen sein, als Nelson Mandela, der zu Zeiten der Apartheid im Gefängnis sass, 1993 als südafrikanischer Staatspräsident die Schweiz besuchte und Paul Rutishauser für sein Engagement dankte mit den Worten: «Paul you have done a good job – Paul, du hast gute Arbeit geleistet.» Später, nach seiner Wartensee-Zeit, war er Vorstandsmitglied bei *Peace Watch Switzerland*. Er war der erste Begleiter, der im Auftrag eines Netzwerks von Schweizer Hilfswerken und Kirchen nach Guatemala entsandt wurde zur offiziellen Flüchtlingsrückführung aus Mexiko.

Sprecher beim «Wort zum Sonntag»

Im zweiten Tagungsbereich widmete sich Paul Rutishauser der Suche nach Spiritualität und lebendiger Kirche: Ostertage in der Stille, Ideenbörsen für Kirchenvorsteherschaften. Es beschäftigte ihn, dass die Religiosität zusehends ins Private abdriftete. «Wie kann und muss die Kirche reden?», fragte er und zeigte es gleich selbst von 1985 bis 1991 als Sprecher beim «Wort zum Sonntag».

Als Drittes hatten «Schicksalsgruppen» einen festen Platz in seinem Wartensee-Programm, wo seine Begabung als Seelsorger zum Zuge kam: Er leitete Jahr für Jahr Wochenenden für geistig behinderte Kinder und Jugendliche, führte zusammen mit Pro Infirmis Ferienlager in den Bergen durch. Es entstanden Elternvereinigungen, ein ökumenischer Arbeitskreis *Kirchen und Behinderte*. Es stand ihm eine grosse Schaffenskraft zur Verfügung, er entwickelte Visionen, zeigte Wege auf, konnte zuhören, ermutigen, immer freundlich und oft mit verschmitztem Humor. Das war möglich, weil ihn im Hintergrund seine Frau Christiane gestützt hat.

Präsident der Basler Mission

1983 wurde Paul Rutishauser in den Thurgauer Kirchenrat gewählt. Zusammen mit dem späteren Kirchenratspräsidenten Walter Vogel prägte Paul Rutishauser während 20 Jahren die Geschicke der Thurgauer Landeskirche. 1992 gab er seine Tätigkeit als Gemeindepfarrer in Horn auf und war bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2000 Seelsorger an der Psychiatrischen Klinik in Münsterlingen. Von der Basler Mission, einem Trägerverein von Mission 21, wurde er gebeten, ihr Präsidium zu übernehmen, welches er von 2002 bis 2007 gerne versah. In seinem Ruhestand war er bis 2010 auch als Seelsorger an der Empfangsstelle für Asylsuchende in Kreuzlingen tätig – eine Aufgabe, mit der sich der Kreis in die weite Welt wieder schloss.

In den letzten Jahren beeinträchtigte eine degenerative Hirnerkrankung in zunehmendem Mass sein Leben. Ende November 2014 wurde die Mobilität so schwierig, dass er ins Alterszentrum eintreten musste. Liebevoll betreut ist er am 4. Mai 2017 in Frieden eingeschlafen.



C-Waffenverbot in schwerem Fahrwasser

Die Chemiewaffenkonvention ist eine bedeutende Errungenschaft der internationalen Abrüstungspolitik. Die Vertragsstaaten sind jedoch zunehmend zerstritten. Zugleich könnten C-Waffen angesichts neuer wissenschaftlicher Entwicklungen wieder an Relevanz gewinnen.

/ Céline Barmet, Oliver Thränert /

Die vor zwanzig Jahren, am 29. April 1997, in Kraft getretene Chemiewaffenkonvention cwc ist eine Erfolgsgeschichte: Mehr als 90 Prozent der gemeldeten Chemiewaffen wurden vernichtet. Ferner hat sich das Vertragsregime als sehr flexibel erwiesen, als es darum ging, Chemiewaffen in Libyen und besonders in Syrien unschädlich zu machen. Daher erhielt die speziell für die Umsetzung der cwc gegründete Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW mit Sitz in Den Haag im Jahr 2013 den Friedensnobelpreis.

Die cwc ist das einzige Abkommen, das eine gesamte Kategorie von Massenvernichtungswaffen unter intensiven Überprüfungsaufgaben verbietet. Sie ist ein Kind der neunziger Jahre. Nach dem Ende des Kalten Krieges ging es einerseits darum, überflüssige Waffen zu ver-

nichten. Zum anderen sollte die damalige kooperative Atmosphäre zwischen Ost und West genutzt werden, um der Verbreitung chemischer Waffen einen Riegel vorzuschieben.

Giftgaseinsatz in Syrien entzweit

In Syrien konnte das Chemiewaffenverbot nicht uneingeschränkt durchgesetzt werden. Dort existieren Restbestände chemischer Kampfstoffe nicht nur illegal weiter, sondern sie wurden sogar eingesetzt – sowohl von den Assad-Regierungstruppen als auch vom Islamischen Staat (IS). Die Debatte um die Frage, wie auf diesen Missstand zu reagieren sei, hat die cwc-Vertragsstaatengemeinschaft politisiert und entzweit.

Der Zwist eskalierte zu einem Zeitpunkt, da der wissenschaftlich-technische Fortschritt auch zu neuen Möglichkeiten der chemischen Kriegsführung führen könnte. Daher bleibt offen, ob Chemiewaffen auch künftig für die meisten Staaten ausgeschlossen bleiben. Hinzu kommt, dass einige Staaten der cwc erst gar nicht beigetreten sind (siehe Grafik unten).

Gegenstand und Mitgliedschaft

Die cwc verbietet Chemiewaffen umfassend. Die Vertragsstaaten verpflichten

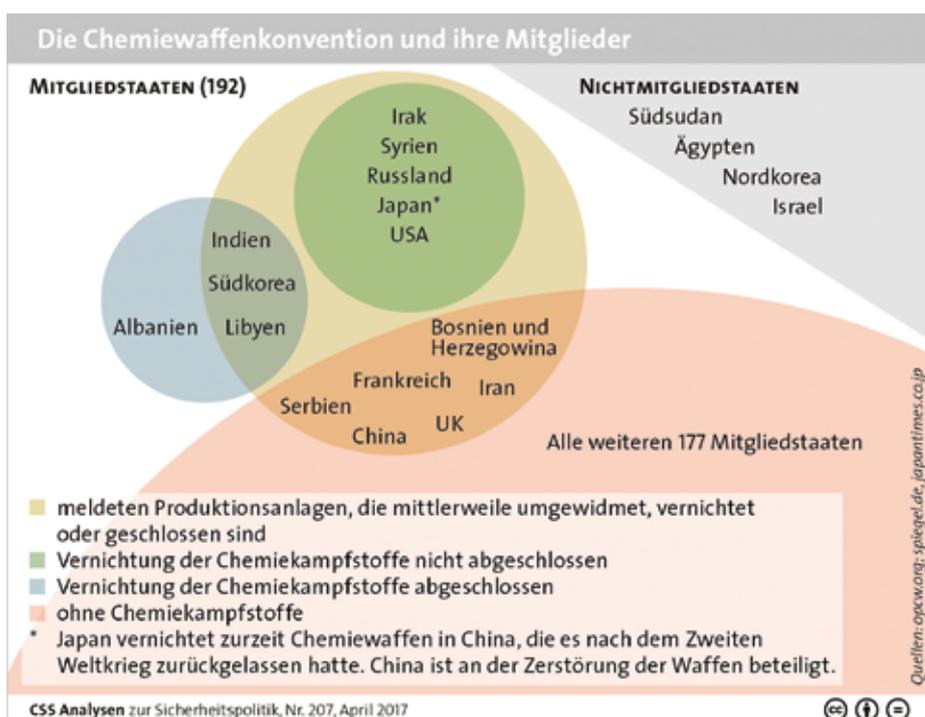
sich, unter keinen Umständen jemals chemische Waffen zu entwickeln, herzustellen, zu erwerben, zu lagern oder zurückzubehalten sowie Chemiewaffen weiterzugeben. Zudem dürfen Chemiewaffen nicht eingesetzt und es dürfen keine militärischen Vorbereitungen für ihren Einsatz getroffen werden. Bei Vertragsbeitritt existierende Chemiewaffenarsenale müssen gemeldet und vernichtet werden. Schliesslich dürfen Vertragsstaaten Reizstoffe zur Bekämpfung von Unruhen nicht zur Kriegsführung nutzen. Da Chemikalien aller Art vielfältig nicht militärisch genutzt werden und die Chemiewissenschaften sich beständig weiterentwickeln, zugleich jedoch die Möglichkeit des militärischen Missbrauchs von Forschung und Entwicklung besteht, bedurfte es einer flexiblen und anpassungsfähigen Definition des zentralen Begriffs «Chemiewaffe».

Die cwc enthält ein sogenanntes «allgemeines Zweckkriterium», demzufolge toxische Chemikalien und ihre Vorprodukte sowie Munition und Geräte wie auch Ausrüstungen dann verboten sind, wenn sie in Arten, Mengen und dem beabsichtigten Verwendungszweck nicht mit den Zielen der cwc vereinbar sind. Toxische Chemikalien sind Stoffe, die durch ihre chemische Wirkung Tod, vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch und Tier herbeiführen können.

Nordkorea, Ägypten und Israel nicht bei der Chemiewaffenkonvention

Der cwc sind bislang 192 Staaten beigetreten, die 98 Prozent der globalen Bevölkerung abbilden. Eines der Nicht-Mitglieder der cwc ist Nordkorea. Es verfügt aller Wahrscheinlichkeit nach über einsatzbereite Chemiekampfstoffe. Das im Februar 2017 mit einem Nerven-kampfstoff durchgeführte Attentat auf den Halbbruder des nordkoreanischen Diktators Kim Jong-Un am Flughafen von Kuala Lumpur unterstreicht diese Annahme. Im Nahen Osten halten sich Ägypten und Israel von der cwc fern.

Ferner sind nichtstaatliche Akteure für die Umsetzung der cwc ein Problem. So hat die japanische Aum-Sekte 1995 Nerven-kampfstoff in der Tokioter U-Bahn ausgebracht. Heute setzt offen-



bar der IS bei Kämpfen in Syrien und Irak Senfgas aus eigener Produktion ein.

Abrüstung unvollendet

Mehr als 90 Prozent der insgesamt über 72'000 Tonnen gemeldeten chemischen Kampfstoffe wurden bereits zerstört. Eigentlich war vorgesehen, alle Bestände bis spätestens zehn Jahre nach Inkrafttreten der cwc, also bis 2007, unschädlich zu machen. Dies ist nicht gelungen. Zum Streit zwischen den grössten Chemiewaffenbesitzern Russland und USA, die bei der Vernichtung hinterherhinken, oder zwischen ihnen und anderen Vertragsstaaten hat dies aber nicht geführt.

Russland begann mit seinem Vernichtungsprozess zu spät und stellte zu geringe finanzielle Mittel bereit (es erhielt jedoch vielfältige Unterstützung westlicher Staaten). Moskau hatte ursprünglich rund 40'000 Tonnen Chemiekampfstoffe deklariert, wovon mehr als 90 Prozent bereits in sechs Anlagen vernichtet wurden. Bis Ende 2020 soll die letzte noch in Betrieb befindliche Anlage in Kisner die Zerstörung der verbliebenen ca. 2300 Tonnen Nervenkampfstoff abschliessen.

Was bisher vernichtet wurde

Die USA als Besitzer des zweitgrössten Chemiewaffenarsenals stiessen auf unvorhergesehene Probleme wie etwa lokale Widerstände gegen geplante Vernichtungsanlagen. Doch auch Washington hat inzwischen fast 90 Prozent der gemeldeten 28'500 Tonnen Kampfstoff in sieben Anlagen zerstört. Im Oktober 2016 begann die Vernichtung von ca. 2600 Tonnen Senfgas in einer Einrichtung in Pueblo/Colorado mittels Verdünnung und Zersetzung durch Bakterien. Der Abschluss dieses Projekts ist für Mitte 2020 geplant. Ebenfalls durch Neutralisation sollen 2017 etwa 523 Tonnen Senfgas sowie bis 2023 Nervenkampfstoffe (Sarin und VX) in Blue Grass / Kentucky unschädlich gemacht werden.

Drei weitere Länder haben ihre gemeldeten C-Kampfstoffbestände bereits erfolgreich beseitigt: Indien (ca. 1000 Tonnen), Südkorea (ca. 600 Tonnen) und Albanien (ca. 14 Tonnen). Sehr viel schwieriger gestaltete sich die Lage in Libyen und Irak. In Libyen wurde unmittelbar nach dem cwc-Beitritt des Landes im Januar 2004 mit der Vernichtung von gemeldeten knapp 25 Tonnen Senfgas sowie Chemiekampfstoffvorprodukten begonnen. Bis zum Beginn der Aufstände gegen das Ghaddafi-Regime



Die 2013 und 2014 unter Aufsicht der Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) eingesammelten Kampfstoffe des Assad-Regimes wurden auf dem US-Spezialschiff «Cape Ray» unschädlich gemacht. Offenbar nicht alle: Am 4. April 2017 wurde auf Khan Sheikhun (Provinz Idlib) Sarin abgeworfen.

im Februar 2011 konnte etwa die Hälfte davon vernichtet werden.

Kampfstoffrelevante Rückstände

Die neuen Machthaber entdeckten jedoch schon bald zwei von Ghaddafi seinerzeit nicht gemeldete Lager mit geringen Mengen Kampfstoff. Bis zum Februar 2014 wurde der Prozess der Vernichtung chemischer Kampfstoffe abgeschlossen. Zwei Jahre später war da jedoch die Befürchtung, eine Lagerstätte von Vorprodukten für chemische Kampfstoffe könnte in die Hände des IS fallen. Auf Bitten der libyschen Regierung wurden diese Stoffe im August 2016 nach Deutschland verschifft, wo sie derzeit unschädlich gemacht werden.

Irak trat der cwc erst 2009 bei. Bis dahin waren Chemiekampfstoffbestände des Hussein-Regimes von im Irak stationierten US-Streitkräften unter nicht umweltgerechten Bedingungen zerstört worden. Im Juni 2014 nahmen Mitglieder des IS in Al-Muthanna zwei Bunker in Besitz, in denen kampfstoffrelevante Rückstände lagerten, deren Entsorgung zuvor als zu aufwändig angesehen worden war. Nach Einschätzung von Experten sollen diese Kampfstoffe jedoch nicht mehr einsatzfähig sein.

Der Fall Syrien

Im September 2013 trat Syrien auf Druck der USA und Russlands der cwc bei und deklarierte 1300 Tonnen chemische Kampf- und Vorläuferstoffe, deren im Ausland vollzogene Vernichtung am

4. Januar 2016 offiziell bestätigt wurde. Doch schon wenige Wochen nach dem syrischen cwc-Beitritt wurden Zweifel an der Vollständigkeit der syrischen Meldung laut. Daher wurde Syrien einem speziellen Verifikationsregime unterworfen. Zwei verschiedene OPCW-Missionen erhielten den Auftrag, die Vollständigkeit der syrischen Deklaration zu prüfen sowie vermutete Chemiewaffeneinsätze in Syrien zu untersuchen.

Die Vollständigkeit der syrischen Meldung bleibt bis heute unbestätigt. Zudem konnte nachgewiesen werden, dass zwischen 2014 und 2015 tatsächlich weitere Chemiewaffeneinsätze auf syrischem Territorium verübt wurden. In Reaktion darauf schuf der UNO-Sicherheitsrat im August 2015 mit der Resolution 2235 den «OPCW-UN Joint Investigative Mechanism» (JIM), um die Täter dieser nachgewiesenen Chemiewaffeneinsätze von 2014/2015 zu ermitteln. Die im August und Oktober 2016 veröffentlichten JIM-Berichte belegten, dass die syrische Regierung dreimal und der IS in einem Fall Chemiewaffen eingesetzt hatten.

Russisches Veto

Sanktionsmassnahmen, welche die USA daraufhin dem UNO-Sicherheitsrat vorlegten, verhinderten ein russisches Veto. Anders als der Sicherheitsrat kennt der Exekutivrat der OPCW jedoch keine Vetorechte. Vielmehr sind seinen Regeln entsprechend Beschlüsse mit Zweidrit-

Fortsetzung Seite 24

telmehrheit möglich, auch wenn normalerweise im Konsens entschieden wird. Damit soll der Zusammenhalt der Vertragsgemeinschaft, der für die Umsetzung der cwc erforderlich ist, gewährleistet bleiben. Doch auch im OPCW-Exekutivrat war eine amerikanisch-russische Konfrontation unvermeidbar. Während die USA scharfe Sanktionen gegen Damaskus vorschlugen, schützte Russland die Assad-Regierung. Nur eine Kampfabstimmung konnte die Blockade im Rat beseitigen.

Allerdings waren einzig weitere und regelmässige Inspektionen der vom JIM-Bericht identifizierten Lokalitäten mehrheitsfähig. Damit stellte der Exekutivrat einerseits das sonst hochgehaltene Konsensprinzip in den Hintergrund. Andererseits wären im Falle eines Nichthandelns Syriens Chemiewaffenbesitz und -einsatz gegen die eigene Bevölkerung toleriert worden, was für eine Organisation zum Verbot chemischer Waffen ein Armutszeugnis wäre. Die dauerhafte Bildung sich konfrontativ begegnender Lager würde jedoch die Konvention und die OPCW als Institution schwächen. Inwiefern die OPCW fähig sein wird, zugleich Kooperation und Vertragstreue ihrer Mitgliedsstaaten sicherzustellen, wird für die künftige Funktionsfähigkeit der Organisation von höchster Bedeutung sein.

Keine umfassende Überwachung

Die Überwachung der Vernichtung chemischer Waffen sowie die Verhinderung der heimlichen Entwicklung neuer Chemiewaffen sind laut cwc gleichrangig. Jedoch nahm die Verifikation der Vernichtung aller Chemiewaffenarsenale und ehemaligen Produktionsanlagen (oder deren dauerhafte Umwidmung zu rein friedlichen Zwecken) in den ersten Jahren des Bestehens der Konvention sehr viel Aufmerksamkeit der OPCW in Anspruch. Durch das Schrumpfen der Chemiewaffenarsenale bleibt für die zweite Aufgabe, die Industrieinspektionen, mehr Zeit und Energie übrig. Mittels dieser Inspektionen soll die Korrektheit der Meldungen der Vertragsstaaten überprüft und damit Transparenz hergestellt werden. Die heimliche Produktion chemischer Kampfstoffe soll ausgeschlossen bleiben.

Die Industrieinspektionen basieren auf drei Listen von Chemikalien. Chemikalien, die nicht auf den Listen erschei-

nen, bleiben dennoch verboten, sollten sie für kriegerische Zwecke oder deren Vorbereitung genutzt werden. Es galt indes, das Universum der Chemikalien entlang der Kriterien Toxizität, Verwendung zur chemischen Kriegführung und Ausmass der kommerziellen Nutzung zu ordnen, um das Inspektionsregime nicht uferlos auszudehnen. Einrichtungen, die gelistete Chemikalien in Mengen über den in der cwc festgelegten Obergrenzen herstellen, müssen je nach Menge entweder nur gemeldet oder sogar routinemässig inspiziert werden.

Bisher kaum Verdachtsinspektionen

Von Beginn an war klar, dass das System routinemässiger Inspektionen nicht wasserdicht ist. Daher haben die Vertragsstaaten ergänzend die Möglichkeit, im Falle eines Verdachts auf Nichteinhaltung der cwc-Bestimmungen eine Verdachtsinspektion jeder beliebigen Einrichtung in einem anderen Vertragsstaat zu initiieren. Sieht man vom Fall Syrien ab, in dem erfolgreich und flexibel neue Verifikationsmandate geschaffen wurden, haben bislang keine Verdachtsinspektionen stattgefunden.



Das Logo der Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW.

Céline Barmet ist Research Assistant im Think-Tank des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Sie ist Co-Autorin von «Syria and the Chemical Weapons Ban» (2016).

Dr. Oliver Thränert leitet den Think-Tank am CSS. Er ist unter anderem Co-Autor von «B-Waffen und der Fortschritt der Naturwissenschaften» (2016).

Quelle: CSS Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 207 vom April 2017. Die CSS Analysen werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des CSS. Die Untertitel stammen von der Redaktion. Siehe auch den Beitrag «Probleme bei der Konvergenz von Biologie- und Chemiewissenschaften» von Claudia Otto und Oliver Thränert in FRIEDENSZEITUNG Nr. 19 vom Dezember 2016.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Um einen Anfangsverdacht zu substantzieren, müssen unter Umständen nachrichtendienstliche Erkenntnisse offengelegt werden, was entsprechende Quellen gefährden könnte. Sollte die Inspektion den Verdacht nicht bestätigen, stünde der beantragende Staat blamiert da. Er müsste dann im Gegenzug eine gegen ihn selbst gerichtete Verdachtsinspektion fürchten. All dies könnte zu einer unangemessenen politischen Konfrontation zwischen Vertragsstaaten führen, welche die cwc letztlich schwächen würde.

Der beste Weg, die geschilderten Bedenken hinsichtlich der Verdachtsinspektionen abzuschwächen, bestünde darin, sie zu einem Standardinstrument der cwc-Implementierung zu machen. Zum einen würde dies jedoch wohl die OPCW mit ihrer begrenzten Zahl an Inspektoren überfordern. Zum anderen begrüsst eine Vielzahl von Vertragsstaaten, dass keine Verdachtsinspektionen stattfinden, da diese mit Eingriffen in die nationale Souveränität verbunden sind.

Gefahr des Missbrauchs

Seit dem Inkrafttreten der cwc hat sich das wissenschaftlich-technische Umfeld markant verändert. Die Lebenswissenschaften ermöglichen ein immer weiter wachsendes Verständnis der Funktionsweisen des menschlichen Körpers. Somit wird auch besser erkennbar, wie Prozesse im Körper gestört werden können. Der therapeutische und medizinische Fortschritt resultiert in neuen Möglichkeiten, heilende Stoffe auf neuen Wegen genau dort im Körper zur Wirkung zu bringen, wo sie benötigt werden.

Dieses Wissen könnte aber missbraucht werden. Durch die wachsende Konvergenz der Chemie- und Biowissenschaften können Chemikalien mittels biotechnologischer Verfahren schneller, sicherer und oft auch preisgünstiger hergestellt werden. Der Einsatz toxischer Stoffe zu nichtfriedlichen Zwecken könnte daher wieder an Bedeutung gewinnen.

Neue Nervenkampfstoffe

Ein weiteres Beispiel betrifft den Bereich der handlungsunfähig machenden Stoffe. Eine Vielzahl von Substanzen kann genutzt werden, um das zentrale Nervensystem zu attackieren. Diese Stoffe sind oft deutlich potenter als Nervenkampfstoffe, da die gewünschten Effekte mit viel geringeren Dosen erzielt werden können. Ferner ermöglichen Fort-

schritte in den Neurowissenschaften die Manipulation des menschlichen Hirns. Diese neuen Möglichkeiten könnten für die Optimierung menschlicher Aktivitäten, auch im Kriegsfall, genutzt werden. Allerdings könnte dieser Prozess auch umgekehrt werden mit dem Ziel, den Gegner zu beeinträchtigen.

Ungeachtet dessen bleibt die bewusst breit und flexibel angelegte Verbotsnorm der cwc unberührt: Chemikalien für die Vorbereitung und Durchführung kriegerischer Handlungen bleiben verboten, unabhängig davon, mit welchen neuartigen Methoden sie hergestellt werden. Wohl aber hat der wissenschaftlich-technische Fortschritt schon heute Bedeutung für die Vertragsimplemmentierung, besonders für das Meldewesen und die Verifikation.

Von der Abrüstung zur Prävention

Welche Relevanz hat die OPCW als internationale Organisation künftig noch, sollten alle deklarierten Chemiewaffen zerstört sein und keine neuen Mitgliedsstaaten der Konvention beitreten? Die OPCW wird primär dafür sorgen müssen, dass Chemiewaffen nicht wieder an Relevanz gewinnen. Mithilfe des wissenschaftlichen Beirats sowie ihrer designierten Laboratorien muss sie die Entwicklung neuer Chemikalien und Technologien fortlaufend überwachen. Zudem setzt sich die OPCW im Bereich der Ausbildung und Information für die Sensibilisierung verschiedener Zielgruppen ein. Ein weiteres für die OPCW wesentliches Thema ist das wachsende Risiko der Herstellung von Chemiewaffen durch nichtstaatliche Akteure. Diesbezüglich versucht sie, verstärkt mit anderen internationalen Organisationen, der Industrie und Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten und das Verifikationssystem entsprechend anzupassen.

Überdies unterstützt die OPCW die Vertragsstaaten bei der Anpassung nationaler Gesetzgebungen zur Verhinderung des Zugangs nichtstaatlicher Akteure zu chemischen Kampfstoffen oder deren Vorprodukten. Auch die mögliche Bildung von Parallelregimen, wie zum Beispiel der von Russland vorgeschlagenen Gründung einer Konvention gegen chemischen Terrorismus, ist eine Herausforderung für die OPCW. Der Organisation würden so Kompetenzen streitig gemacht, die sie sich in den letzten 20 Jahren mühsam erarbeitet hat, und die cwc damit geschwächt.

Die Rolle der Schweiz bei der Chemiewaffenkonvention

Die Schweiz hat am 14. Januar 1993 die Chemiewaffenkonvention cwc unterzeichnet und am 10. März 1995 ratifiziert. Das Land hat dabei keine Chemiewaffen gemeldet. Die cwc ist für die Schweiz aufgrund ihrer chemischen und pharmazeutischen Industrie dennoch von Bedeutung. Rund 50 Firmen arbeiten mit Chemikalien, die auf den cwc-Listen für die Industrieinspektionen erfasst sind. 43 dieser Unternehmen sind inspektionspflichtig. Die Schweiz empfängt rund fünf cwc-Inspektionen pro Jahr.

Das ABC-Labor in Spiez

Mit dem Labor Spiez, dem eidgenössischen Institut für ABC-Schutz, unterhält die Schweiz eine international führende ABC-Schutz-Institution. Seit 1998 ist das Labor Spiez ein Vertrauenslabor der mit der Umsetzung der Chemiewaffenkonvention betrauten Organisation für das Verbot chemischer Waffen OPCW – ein Prädikat, das weltweit nur fünf Institutionen permanent für sich beanspruchen können. Das Labor wirkt massgeblich an cwc-Verifikationsprozessen mit. So hat es im September 2013 als eines von vier Vertrauenslabors anhand von Proben der UNO/OPCW-Syrien-Mission erstmals nachgewiesen, dass im syrischen Bürgerkrieg der Kampfstoff Sarin eingesetzt wurde.

Schweizer Experten im OPCW-Rat

Im 25-köpfigen wissenschaftlichen Beirat der OPCW, der dem OPCW-Generaldirektor in beratender Funktion zur Seite steht, sind regelmässig Schweizer Experten vertreten. Das Labor Spiez und das dafür zuständige Kompetenzzentrum der Armee beteiligen sich zudem aktiv an der Aus- und Weiterbildung von Spezialisten aus diversen OPCW-Mitgliedsstaaten. Seit Mai 2016 ist die Schweiz überdies zum dritten Mal für zwei Jahre als Mitglied im OPCW-Exekutivrat vertreten.

Der Schweiz ist es wichtig, dass die Entwicklung neuartiger, handlungsunfähig machender Kampfstoffe nicht zu einer Verwischung der Grenzen zwischen polizeilichen Operationen und militärischen Kampfhandlungen und damit zur Erosion der CW-Verbotsnorm beiträgt. Auch unterstützt die Schweiz andere

cwc-Vertragsstaaten beim Aufbau von Kapazitäten zur regelgerechten Umsetzung der Konvention. Derzeit ist sie besonders in Namibia engagiert.

Stefan Mogl in die Leitung der UNO-Untersuchung zu Syrien berufen

Die UNO hat Anfang Mai 2017 Stefan Mogl, den Chef des Fachbereichs Chemie des Labors Spiez, in die dreiköpfige Leitung des Gremiums berufen, das den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien untersuchen und die Täter identifizieren soll. Mogl war ehemaliger Inspektor der OPCW und Leiter des OPCW-Labors, sein Mandat läuft bis Ende dieses Jahres. Der UNO-Ausschuss ist damit beauftragt, aufgrund von früheren Untersuchungen zahlreicher Chemiewaffeneinsätze in Syrien durch die OPCW jene Individuen oder Gruppen zu identifizieren, die am 4. April 2017 in der Stadt Khan Sheikhun in der syrischen Provinz Idlib bei einem Giftgaseinsatz – aller Wahrscheinlichkeit nach das hochtoxische Sarin – involviert waren, der rund 90 Todesopfer, darunter viele Kinder, gefordert hatte.

Offensichtlich nicht alle syrischen Chemiebestände vernichtet

Die syrische und russische Regierungspropaganda machten der Einfachheit halber sofort und ohne geringste Beweise syrische Rebellengruppen dafür verantwortlich, Russland legte im Sicherheitsrat denn auch das Veto gegen die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung des Verbrechens ein. Die OPCW sammelt dessen ungeachtet Belege und hat nach Auswertung biomedizinischer Proben «unbestreitbar» festgestellt, dass Sarin oder ein ähnlicher Nervenkampfstoff eingesetzt worden war.

Über Helikopter und Kampffjets zum Abwurf von Giftgas verfügt nur die syrische Regierung. Offensichtlich hat diese Teile ihres geheimen Chemiewaffenprogramms bis heute den UNO-Inspektoren nicht gemeldet, obwohl eigentlich sämtliche ihrer Chemiewaffen bereits seit dem Sommer 2014 hätten vernichtet sein müssen (siehe Seite 23). (css/pw)

Die Schweiz im Kalten Krieg

Mit einem Abstand von einigen Jahrzehnten beginnen Historikerinnen und Historiker, die Spaltung der Welt in zwei Einflussblöcke als eine Epoche eigenen Rechts, verbunden mit tiefgreifenden Wirkungen nicht nur für die Politik und die Wirtschaft, sondern auch bis weit in den Alltag hinein, zu begreifen. Auch die offiziell neutrale Schweiz war vom sogenannten Kalten Krieg zwischen dem Westen und der Sowjetunion und ihren jeweiligen Verbündeten stark betroffen.

/ Fabian Brändle /

Zwar waren Schweizer Kommunisten stets eine kleine Minderheit, sie wurden aber trotzdem von vielen Bürgerlichen und auch von Sozialdemokraten als starke Bedrohung für die Freiheit sowie als «fünfte Kolonne» eines reichlich obskuren Feindes wahrgenommen. Ihre Partei, die Partei der Arbeit PdA, wurde als «Partei des Auslands» diffamiert. Kommunisten, die in internationalen Massstäben dachten und sich mit Arbeitern auf der ganzen Welt solidarisierten, galten als «vaterlandslose Gesellen».

Hysterischer Antikommunismus

Die Verbrechen der sowjetischen Bolschewisten unter Stalin und noch unter seinen Nachfolgern gegen innere und äussere «Feinde» sollen natürlich nicht schöngeredet werden. Der GULAG als Straflagersystem mit Arbeitszwang war ebenso real wie die gewaltsame Niederhaltung von Oppositionellen und Dissidenten bis hin zu den Reformen Gorbatschows (Perestroika, Glasnost). Für Afghanistan bedeutete die sowjetische Invasion einen heissen Krieg, genauso wie für Korea oder für Vietnam, die unter amerikanischen Aggressionen litten.

Der schweizerische Antikommunismus nahm jedoch in den 1950er-Jahren beinahe hysterische Züge an und war schlimmer als in manchen NATO-Staaten. Davon berichtet ausführlich, gut leserlich und quellennah der Historiker Thomas Buomberger. Und es ist indessen anzunehmen, dass nach Aufhebung der Aktenperrfrist noch manch pikantes Detail an die Öffentlichkeit gelangen wird.

Die Ungarn-Krise 1956

Den Höhepunkt erreichten die anti-kommunistische Publizistik und Agitation 1956, als sich viele Ungarn gegen die dortigen Kommunisten wehrten und substanzielle Reformen initiierten, die von den Panzern der Roten Armee im Keime erstickt wurden. Wer konnte, floh in den Westen, die Schweiz nahm spontan relativ viele Flüchtlinge auf. Die Schweizer Presse berichtete ausführlich von Massakern an Frauen und Kindern und über den «heroischen Freiheitskampf des ungarischen Volkes». Spendenaufrufe wurden lanciert, Hilfsaktionen gestartet. Wer nun dem Kommunismus nicht gewissermassen öffentlich abschwor, wurde zum Opfer von gezielten, auf den Mann zielenden Kampagnen und Hetztiraden.

So wurden etwa Arbeitersportler, die von einem internationalen Sportanlass aus Moskau heimkehrten, in Zürich-Enge von einem Mob angegriffen und belästigt. Der renommierte Kunsthistoriker und Altkommunist Konrad Farner (1903-1974), ein Mitglied der PdA, wurde in seinem Haus in Thalwil am Zürichsee von einer Meute Antikommunisten terrorisiert, nachdem ein Redaktor der NZZ seine Privatadresse veröffentlicht hatte. Noch heute ist sich die Forschung uneinig darüber, ob in diesem Fall von einem Pogrom gesprochen werden soll. Die Polizei jedenfalls hatte dem Treiben tatenlos zugesehen. Das Ehepaar Farner wurde im Dorf lange Jahre geschnitten und mit anonymen Telefonanrufen schikaniert, bis Farner 1969 aus der PdA austrat und sich eher maoistischen Positionen annäherte.

Bespitzeln und Diffamieren

So wie Konrad Farner erging es vielen KommunistInnen, aber auch nicht parteigebundenen QuerdenkerInnen und weiteren Nonkonformisten: Sie erhielten, falls selbstständig erwerbend, plötzlich keine Aufträge mehr, ihnen wurde aus diffusen Gründen gekündigt, sie fanden keinen festen Arbeitsplatz, der ihrer Ausbildung entsprach. So manche Karriere verlief im Sande, so manche Biografie erhielt einen endgültigen Knick. Erst nach dem Fichenskandal

und der Einsichtnahme in Personendossiers merkten viele solchermassen an den Rand Gedrängte, dass ihre politische und religiöse Einstellung oder eine bestimmte, oft harmlose Aktion registriert, abgelegt und dem Arbeitgeber umgehend gemeldet wurden. Dabei ergänzten sich Polizei sowie private Spitzel und Schnüffler wie etwa jene, die im Auftrag des Zürcher FDP-Politikers Ernst Cincera handelten, perfekt.

Dass in der Schweiz Unternehmer und hohe Manager sowie Chefbeamte oft hohe Milizoffiziere und/oder eidgenössische Parlamentarier waren und sich schon von Studentenvereinen her persönlich kannten und schätzten, war dem raschen Kommunikationsfluss innerhalb des blühenden Denunziantenwesens gewiss förderlich. Ein informeller, nicht aktenkundiger Anruf genügte oftmals, und eine Akte wurde angelegt. Meterlange Dossiers über sogenannte Staatsfeinde füllten unzählige Aktenschränke, zeigen aber auch auf, dass es keine «moskaugesteuerten Verschwörungen» gegen die Schweiz gab, wie sie von beinharten Antikommunisten an die Wand gemalt wurden.

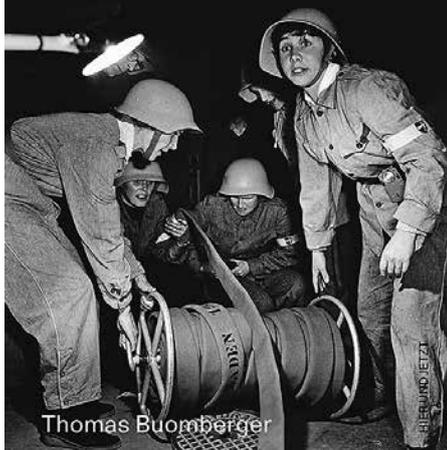
Umtriebige «Wühler»

Für die Sowjetunion war aber klar, dass die Schweiz trotz Neutralität zum feindlichen Lager gehörte, eine Destabilisierungspolitik kam trotzdem nicht infrage, da über die Schweiz technologisch hochstehende Geräte eingekauft werden konnten. Die Kommunisten galten ihren Verfolgern trotzdem als geborene Verschwörer, als umtriebige «Wühler», die taktisch geschickt Institutionen und Universitäten unterwanderten und ihr Gift in getarnten Propagandamedien unablässig in den «gesunden Volkskörper» tröpfeln liessen und vor allem für Jugendliche eine stete Gefahr waren.

Meist fanden sogar abgehörte, harmlose Privatgespräche und rein gesellige Treffen ihren Weg in die Akten. Diese Hexenjagd belegt eine gewisse Paranoia auch der gebildeten Eliten jener Jahrzehnte. Bei Demonstrationen fotografierten Polizisten Nummernschilder von parkierten Autos und meldeten Verdächtige umgehend.

Die Schweiz im Kalten Krieg

1945–1990



Potenzielle Landesverräter

In den Fokus der gut organisierten, über Zeitungen und Zeitschriften verfügenden und eng vernetzten schweizerischen Kalten Krieger gerieten, wie gesagt, auch viele Freidenkerinnen und Freidenker, Künstler, Intellektuelle sowie von der Bergpredigt inspirierte Pazifisten, etwa der Zürcher Pfarrer und religiöse Sozialist Willy Kobe (1899–1995), die bereits in den 1950er-Jahren in kirchlichen Ostermärschen vor dem drohenden Dritten, atomaren Weltkrieg warnten und eine weltweite Abrüstung forderten.

Kobe und seine Freunde waren von ähnlichen Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland Adenauers «Wider den Atomtod» inspiriert worden. Auch in der BRD verbanden sich linke Kreise mit kirchlichen Oppositionellen beider Konfessionen zu recht machtvollen Protestaktionen. Gleichzeitig wurden in verschiedenen Ländern ökumenische Kampagnen lanciert. Kobe und seine Freunde waren eine Minderheit, gerieten aber als «rote Pfaffen» ebenfalls in den Fokus der Kalten Krieger.

Pläne für schweizerische Atombombe

Schweizer Offiziere, Kernphysiker und Politiker arbeiteten unterdessen weitgehend im Geheimen fieberhaft an Plänen einer eigenen Atombewaffnung. Das französische Düsenflugzeug Mirage sollte im Kriegsfall im Ausland stehende Basen atomar vernichten. Die Anschaffung des Flugzeugs (Bau in Lizenz) entwickelte sich zum veritablen Skandal, da die Kostendecke trotz Bedenken und

Warnungen massiv überschritten wurde («Mirage-Skandal»). Schweizer Ingenieure wollten das Flugzeug und seine Elektronik weiter perfektionieren, waren aber hoffnungslos überfordert.

Das war nicht der einzige Fall von Hybris beim Militär. Der freisinnige Bundesrat Paul Chaudet (1904–1977), als Vorsteher des Militärdepartements (damals EMD), und einige führende Offiziere mussten 1966, nachdem eine parlamentarische Untersuchungskommission eingeschaltet worden war, mehr oder weniger freiwillig den Hut nehmen. Diese PUK diente übrigens Parlamentariern wie dem St. Galler Kurt Furgler als Karriereleiter. Die Schweizer Armee war jedoch als mythische, verklärte «Hüterin traditioneller Werte» weiterhin finanziell gesehen ein Fass ohne Boden: Milliarden von Franken flossen in Bewaffnung, Festungsbau und auch in zum Teil riesige Zivilschutzbunker für Tausende von Menschen, die der Bevölkerung weismachten, dass man im «Ernstfall» auch einen Atomkrieg überleben könne. Lokale Bauunternehmer, oftmals mit dem richtigen Parteibüchlein ausgestattet, wurden dabei reich. Teure, prestigeträchtige Waffen wie der Panzer 68 wurden in Eigenregie konzipiert und gebaut, waren aber oft nicht einsatztauglich. Bei diesem Panzer etwa drehte sich der Geschützturm, wenn die Funkgeräte in voller Leistung arbeiteten.

Armee als Lackmустest

Ein bedingungsloses «Ja zur Landesverteidigung» disziplinierte nicht zuletzt

die hohen Ränge der Schweizer Sozialdemokraten, die ja nach dem Krieg auch im Bundesrat vertreten waren und sich dort konkordant zu verhalten hatten. Wer gegen stets steigende Rüstungskredite votierte und sich irgendwie armee-kritisch äusserte, galt als potenzieller Landesverräter, im Minimum aber als unzuverlässig. Die Haltung zur Armee galt sozusagen als Lackmустest für eine gutschweizerische, brave, vaterländische und auch (direkt-)demokratische Mentalität.

Aus Angst vor Konkurrenz von links und aus historischen Gründen heraus agitierten manche führende Sozialdemokraten wie der Schaffhauser Stadtpräsident und Parlamentarier Walther Bringolf rhetorisch aggressiver gegen das Häufchen angeblich verschwörerischer Kommunisten als die hartgesottensten Rechtsbürgerlichen. Diese hüllten sich in ein pazifistisches Deckmäntelchen, um die Schweiz gegen eine sowjetische Aggression wehrlos zu machen, so die Argumentation der Befürworter einer möglichst starken Armee. Die Mehrheit der Basis der SP Schweiz war durchaus gegen diese Hetze und Stigmatisierung ihrer Arbeitergenossen eingestellt, fand aber selten ein Sprachrohr für ihre Anliegen. Dies verweist nicht zuletzt auf die Wichtigkeit unabhängiger Medien (Pressefreiheit), die auch kritische Geister zu Wort kommen lassen.

Thomas Buomberger: Die Schweiz im Kalten Krieg 1945–1990. Hier und Jetzt Verlag, Baden 2017, 420 Seiten, Fr. 44.–

Freiwilligeneinsätze weltweit!



Entdecke die Welt von einer anderen Seite.



SCI Schweiz
Volunteering for Peace

www.scich.org



FRIEDENSZEITUNG

Die FRIEDENSPOLITISCHE ZEITSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN FRIEDENSRATES

FRIEDENSZEITUNG
Nr. 20 MÄRZ 2017

1. Syrien: Die militärische Schwäche in Damaskus	14. Reportage: Kleinstaffen aus dem IS-Drocker
2. Ukraine: Die Donbass-Krise	15. Mehrere Tote bei Terroranschlag
3. Wahlkämpfe gegen Rassistengesetz in Kanada	16. Wahlkampf in Kanada
4. Ungarn: Die Wahlkampf	17. Wahlkampf in Ungarn
5. Wahlkampf in Kanada	18. Wahlkampf in Kanada
6. Wahlkampf in Kanada	19. Wahlkampf in Kanada
7. Wahlkampf in Kanada	20. Wahlkampf in Kanada
8. Wahlkampf in Kanada	21. Wahlkampf in Kanada
9. Wahlkampf in Kanada	22. Wahlkampf in Kanada
10. Wahlkampf in Kanada	23. Wahlkampf in Kanada
11. Wahlkampf in Kanada	24. Wahlkampf in Kanada
12. Wahlkampf in Kanada	25. Wahlkampf in Kanada
13. Wahlkampf in Kanada	26. Wahlkampf in Kanada

Verhandlungen in Kesseln: Eine stabile Friedenslösung ist noch langweilige in Sicht

Astana: Wie weiter in Syrien?

Ende Januar dieses Monats, die Türkei und ihre Verbündeten der syrischen Regierung und die Opposition im Nordwesten von Syrien, die Regierung in Damaskus, haben die Verhandlungen in Astana beendet. Am 18. Februar 2016 haben die drei Parteien eine Vereinbarung über die Waffenruhe in Syrien geschlossen, die allerdings nicht vollständig umgesetzt wurde. Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil. Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil.

15 syrische Städte ernteten belagert

Die belagerten Städte sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil. Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil.

1. Anführer Zeman?

Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil. Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil.

2. Anführer Zeman?

Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil. Die Verhandlungen sind weiterhin im Gange, aber die Situation in Syrien ist weiterhin instabil.

Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG**:

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedenthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis

FRIEDENSZEITUNG
Nr. 19 DEZEMBER 2016

1. Mitgliedschaften in der Friedensbewegung	12. Wahlkampf in Kanada
2. Wahlkampf in Kanada	13. Wahlkampf in Kanada
3. Wahlkampf in Kanada	14. Wahlkampf in Kanada
4. Wahlkampf in Kanada	15. Wahlkampf in Kanada
5. Wahlkampf in Kanada	16. Wahlkampf in Kanada
6. Wahlkampf in Kanada	17. Wahlkampf in Kanada
7. Wahlkampf in Kanada	18. Wahlkampf in Kanada
8. Wahlkampf in Kanada	19. Wahlkampf in Kanada
9. Wahlkampf in Kanada	20. Wahlkampf in Kanada
10. Wahlkampf in Kanada	21. Wahlkampf in Kanada
11. Wahlkampf in Kanada	22. Wahlkampf in Kanada
12. Wahlkampf in Kanada	23. Wahlkampf in Kanada
13. Wahlkampf in Kanada	24. Wahlkampf in Kanada
14. Wahlkampf in Kanada	25. Wahlkampf in Kanada
15. Wahlkampf in Kanada	26. Wahlkampf in Kanada

Grosserfolg für die Friedensbewegung

Im März 2017 konnten die Mitglieder der UNO in New York ein neues Verbot für Atomwaffen durchsetzen. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung eines weltweiten Atomverbots. Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand.

Großes weltweites Erfolg

Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand. Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand.

1. Anführer Zeman?

Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand. Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand.

2. Anführer Zeman?

Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand. Die Friedensbewegung hat sich für dieses Verbot eingesetzt und es ist ein Zeichen für die Wirkung von zivilen Widerstand.

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____ Datum _____

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch